

INTERFLUT

Infoladen
Börsen Str. 8 · 04217 Leipzig
Telefon (0341) 3 02 65 04
www.nadir.org/infoladen_leipzig

auswärts
2,50 DM

Wöchentliches Provinz-Info

2 DM



Texte gegen den steigenden Wasserstand

Nr. 194

21. Mai 1992

Werte LeserInnen,

während ihr wahrscheinlich im Prinzenbad über den steigenden Wasserstand nachdenkt, wem und warum das Wasser schon bis zum Hals steht, mühen wir uns, trotz des Klimas und trotz der wieder mal nicht eingegangenen Süßigkeiten, ab.

Nun haben viele von euch (und uns) ja Probleme mit der Wahl, einige werdens wohl tun andere nicht. Die Gründe dafür sollten hinlänglich bekannt sein, und weil ihr nichts dazu geschrieben habt, wollen wir an dieser Stelle auch nichts dazuerfinden, auch nicht zu linksradikalen? Versuchen, sich daran zu beteiligen. Was wir euch aber dringend ans Herz legen wollen, ist die Teilnahme an dem was quasi drumherum läuft:

Repveranstaltung mit Schönhuber am Do. 21.5. 19.00 am Alex, Antifakundgebung dagegen ab 17.00 ebenda sowie nach der Wahl evtl. Demo am Kudamm (VV dazu Fr. 22.5. 20.00 Mehringhof)

Noch mehr Demos gibts im Terminkalender.

Erwähnungen:

1. Das Plakat "Vorsicht! Faschistische Parteien" (A3 + A4) ist ab sofort in allen lokalen Infostellen abzuholen und massenhaft zu verkleben
2. Der Text zu "Islam + dt. Linke" aus der letzten Nummer stammt aus der Broschüre: "Anti-islamischer Rassismus und Algerien, AGT Algerien, c/o Buchladen, Gneisenau 2a"

Im Ordner sind einzusehen:

1. Ein Schweizer Flugblatt, das dort zum 1. Mai verteilt worden ist.
2. Ein Flugblatt der Rev. Gruppe Ausbruch zum 1. Mai (1. Mai als Kampftag für die Pol. Gef.)
3. Ein 1. Mai Plakat
4. Ein 1. Mai-Text der Intern. Kommun. Arbeiterinnen und Arbeiter (natürlich aus Platzgründen)
5. Das Spiegel - Interview mit Irmgard Möller
6. Texte der italienischen Gefangenenkollektive
7. Gerüststress in der Hafenstrasse

Inhalt

Wo du draufguckst	Seite 2
Nachwort zum Vorwort	Seite 3
Fred & Co ihr Meinung	Seite 4
Fred & Co ihr Meinung - Volkes Sport	Seite 5
Bekanntmachung	Seite 6
Debatte	Seite 8
Wenn's um 6 Uhr klingelt	Seite 11
Auf nach Wilhelmshaven	Seite 12
Tschulligung - Auf zum Prenzlberg	Seite 13
Mobilisierung nach Magdeburg	Seite 14
Auf nach Bonn	Seite 15
Radio zum Lesen	Seite 16
Radio zum Lesen - Hamburger Snak	Seite 20
Vers und Reim - ein neuer Keim,	Seite 21
Der Kopf ist rund ...	Seite 22
Offene Räume	Seite 24
Offene Räume - Isabel Jacob	Seite 25
Auf ins Haus der Demokratie	Seite 27
Schenkistik, über den Wolken	Seite 28
Wir waren NICHT alle	Seite 30
Wir waren NICHT alle - Kleinkram	Seite 31
Opium fürs Volk	Seite 32
Auf nach Würzburg	Seite 34
Langweilig wird's nich	Seite 35

Impressum

HerausgeberIn:

Interim e. V.
Gneisenastr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:

Eigendruck im Selbstverlag

Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Zum Vorwort in der Interim vom 14.5.92

Liebe Interims !

Wie schon andere Menschen vor mir möchte ich den Versuch machen, Euch daran zu erinnern, daß eine politische Zeitung zu machen mit Verantwortung zu tun hat. Um so mehr, wenn sich die Redaktion zu Wort meldet.

Was ich an Euren Sätzen zu dem Artikel über den Autobahnkonflikt in Euskadi (Baskenland) kritisieren soll nicht dazu dienen HB (Herri Batasuna-Volkseinheit) zu rechtfertigen, oder wegzuleugnen, daß in dem Artikel das ganze Feld politischer Auseinandersetzungen nicht erwähnt werden. Zum Zweiten nur soviel: Obwohl ich nicht Verfasser jenes Berichtes bin; das Flugblatt sollte nur, in Zusammenhang mit der Verkehrspolitik hier(Oberbaumbrücke), Mut machen, daß so ein Projekt auch erfolgreich verhindert werden kann.

Was dann aber von Euch kommt ist in der Tat der "Autonome-Weltsichtshammer"!

In wenigen Sätzen zieht ihr einer breit verankerten **linken** Bewegung den Boden unter den Füßen weg, könntet das wohl auch mit ein paar **authentischen** Zitaten belegen...

Ein Ausschnitt aus Eurer " Analyse":

" Den Begriff 'Linksnationalistische Wählerorganisation' stellen wir (sic !, eigene Anmerkung) doch in Frage. Nationalistisch keine Frage, aber warum links?" Und weiter: "Die Unorthodoxen Linken haben schon lange die heuchlerische Taktiererei von HB durchschaut."

In (hoffentlich unbeabsichtigter) geradezu demagogischer Art und Weise werden Teilwahrheiten mit Kausalketten verknüpft, die Ihr dann als Euer Bild von Euskadi dem ganzen überstülpen könnt.

Es ist eine im Übrigen auch in weiten Teilen der MLNV (bask. Befreiungsbewegung), von der Ihr HB schlechterdings trennen könnt, sich neuen Realitäten anzupassen, wozu auch Diskussionen um Strukturen gehören.

Ich gebe Euch Recht, Daß Mensch über Hierarchien, mangelnde Transparenz, u.s.w. diskutieren muß. Das Ihr aber auf einer halben Seite den ganzen geschichtlichen (hier baskischen) Zusammenhang von Nationalismus und Sozialismus mal eben so negiert ist katastrophal, zeugt von totaler Unkenntnis und ist keine Grundlage zu einer notwendigen Debatte, die wohl zuallererst imperialistische Nationen betrifft, über Nationalismus, Sexismus und Rasismus.

Das Ihr als Autonome es nicht verstehen könnt, daß eine Bewegung die auch tatsächlich ein alternatives Gesellschaftskonzept vorlegen kann, sich anders als Ihr an das Thema Knäste und Polizei heranwagt, ist nur bezeichnend.

Ihr vergesst jedoch das dies ein Volksprogramm ist, und das es um eine Formulierung geht, die noch nicht die befreite Gesellschaft beschreiben soll. Natürlich bin auch ich für eine Gesellschaft ohne Knäste und Polizei.

Es wäre sicher angebracht zu diesen Themen noch viel genauer zu schreiben, möchte aber damit schließen, daß Euer letzter Spruch, den Ihr der Abertzalen (patriotische Linke) entgegenschmettert, nämlich, "die Grenzen verlaufen nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen oben und unten, wirklich, und für diese Formulierung entschuldige ich mich nicht, von Euer eurozentristischen Blindheit zeugt, auch wenn Ihr das ganz bestimmt nicht sein wollt.

Für eine **solidarische** Debatte!

Der Internationalismus endet nicht
am autonomen Tellerrand...

AGUR !

UNITED COLOURS OF 1.MAI

- Noch ne Nachbereitung -

Angesichts der allgemeinen Situation mag die Bilanz: Demo mit 15.000 Leuten, FAP-Veranstaltung verhindert und militante Action im Kiez in Ost und West für den diesjährigen 1.Mai tatsächlich recht positiv aussehen. Trotzdem ist insgesamt soviel Scheiße gelaufen, daß wir nicht finden, daß der Tag "ein beachtlicher Erfolg" (abc in INTERIM 193) war, sondern meinen, daß alles gerade nochmal gutgegangen ist. Im Übrigen hatte vieles mehr den Charakter von Maifestspielen in Berlin als eine politische Bedeutung. Unter anderem macht sich unsere Einschätzung an folgenden Punkten fest:

FAP: Toll war natürlich, daß die Mobilisierung trotz 1.Mai-Demo hingehauen hat und die Faschos eins auf die Nase gekriegt haben. Wir finden es allerdings ziemlich übel, eine S-Bahn, in der nicht nur Faschos saßen, nochmal anzugreifen, wenn die stolzen Deutschen schon dabei waren, abzuhauen.

O-PLATZ/O-STRASSE: Zum Zoff mit der RIM sind schon einige wichtige Dinge in der INTERIM 193 geschrieben worden. Wir fanden es sowohl für die Konfrontation mit der RIM als auch insgesamt vollkommen verhängnisvoll, daß von den Lautis kaum Technika durchgesagt wurden (z.B. öfter nochmal die Blockaufstellung) und auch nicht klargemacht wurde, daß wir nicht losgehen, bevor die RIM nicht draußen ist. So setzten sich Internat- und weiter hinten laufende Blöcke nach größerer Konfusion irgendwie in Bewegung, was die Schweinereien der RIM enorm erleichterte und viele völlig ahnungslose Leute in der Nähe des RIM-Lauti laufen ließ und sie dort in erhebliche Gefahr brachte.

Zur RIM ist noch zu sagen, daß sich einige von uns mittlerweile mehr von der RIM als den Bullen bedroht fühlen und wir diskutieren sollten, ob wir die RIM nicht auf Demos konsequent genauso wie die Pigs behandeln sollten (So ein Lauti konnte ja auch schon vor Erscheinen auf dem O-Platz plattgemacht/angeflammt werden und die ganzen beschissenen MaoStalinGonzalo-Fahnen lagern zwischen denn verschiedenen Demos wohl auch nicht im Panzerschrank).

ZUR DEMO: Wenn auf der VV alles großartig von einer "starken, kraftvollen Demo" schwadroniert, sollte das heißen, daß wir nicht wie auf nem Schweigemarsch oder ner Latschdemo losziehen. Ketten sollten - auch wenn die Bullen sich zurückhalten - selbstverständlich sein und Sprechchöre sind gerade, um den PassantInnen und BurgerInnen zu vermitteln worum's geht, absolut wichtig. Wir hatten das dumme Gefühl, daß vielen von den 15.000 "RevolutionärInnen" sowas eher peinlich vorkam oder als folkloristisches Beiwerk ihres 1.Mai-Spaziergangs belächelt wurde. Daß das Erscheinungsbild der Demo von Mao-Fahnen und Marianne-Rosenberg-Songs (Frage an den schwullesbischen Block: war das wirklich nötig?) geprägt wurde, ist peinlich und politisch fatal. So wie die Demo in weiten Teilen lief, hat sie ziemlich wenig nach außen rübergebracht und wir wären bei nennenswerten Bullenangriffen ziemlich am Arsch gewesen. (Unserer Eindruck war, daß sich leider gerade auch Leute aus Westdeutschland und den FNL

ziemlich unpassend verhalten und die Demo gefährdet haben.)

ZUR ACTION: Wir finden es nachwievor schwierig, aus einer Demo heraus, die in weiten Teilen nicht-militant und nicht sehr geschlossen ist (siehe z.B. Bullendurchbruch am Kottbusser Damm) offensiv zu werden (gerade wenn klar ist, daß später am Abend noch genug Zeit für Action ist). Viele Leute gerieten wegen der brennenden Wanne und dem Compiladen ziemlich in Panik, zumal gerade weiter hinten unklar blieb, was genau abging. Die Action am Abend war dann leider nur zum Teil korrekt. Die Sache mit den Westläden und Bonzenschlitten im Prenzlberg war mehr als gut (gerade weil's die Bullen ziemlich kalt erwischt hat) und über die wiederholte Selbstbedienung im "Panama" haben wohl nicht nur wir uns sehr gefreut. Angriffe gegen kleinere Läden im Osten oder auch gegen Kleinwagen in SO 36 sind aber völlig zum Kotzen und die Leute, die sowas geil finden, sollen ihr Happening - Motto: "Kreuzberg-Die Freiheit nehm ich mir" - gefälligst in anderen Zusammenhängen veranstalten... (Es bleibt mal wieder die Frage, ob und wie wir vielleicht doch dafür sorgen können, daß die kleinen Leute im Kiez von solchen Sachen verschont bleiben.) Ansonsten bleibt noch zu sagen, daß wir Leuten, die sich toll dabei vorkommen, Allein-gegen-die-Bullen-Kamikaze zu spielen, echt nicht mehr helfen können und auch (mittels EA, Solidemos, Soliofeten etc.) nicht mehr helfen wollen. Außerdem überlegen wir uns, Steine, die wir aus der achten oder zehnten Reihe in den Rücken bekommen, demnächst dem/der AbsenderIn persönlich zurückzubringen.

FRED FEUERSTEIN & DIE GERÖLLHEIMERS

Im Zuge der 1.Mai-Feierlichkeiten haben wir eins der Autos der Bau/Sanierungsfirma Combobau tiefergelegt und demoliert. Damit liessen wir unseren Ärger über die miesen Arbeitsbedingungen und den leeren Versprechungen des Betriebs bzw, dieses Sozialprojekts freien Lauf. Angeblicher Zweck dieses Projekts, das mit öffentlichen mitteln über Wasser gehalten wird, ist ja, verelendete, deklassierte Jugendliche, die sich dem Leistungsdruck dieser Gesellschaft entzogen haben, wieder von der Straße zu holen, sie zu beschäftigen und angeblich auszubilden. Aber die Arbeit bei Combo-Bau führt keineswegs zum Gesellenbrief als Tischler, Maurer oder Zimmermann, sondern es werden einfach nur Baumalocher mit Altbauerfahrung herangezogen. Die Sozialarbeiter, ob mit oder ohne Ahnung werdenh teuer bezahlt, während die ArbeiterInnen über Sozialkohle finanziert werden. Der Druck innerhalb der Belegschaft nimmt jetzt aber rapide zu, da der Betrieb durch Mittelstreichungen des Staats gezwungen werden soll, seine Produktivität unter den wettbewerbsbedingungen des freien Marktes zu steigern. natürlich sind die Chefs, AusbilderInnen und ArbeiterInnen diese Härte nicht gewohnt, und es wird jetzt versucht, das Ganze Problem über eine verschärfte Hackordnung zu lösen. Wir hassen die Sozialarbeiterscheiße, die leeren versprechungen, die alltägliche Konkurrenz und unterdrückung. daher konnten wir einfach nicht widerstehen, diese Solidaritätsaktion auszuführen. Viel Spaß beim Ärgern Eurer Chefs und den paar freien Stunden. ABM(Autonomer Blauer Montag)

M 99 GEMISCHTWARENLADEN FÜR REVOLUTIONSBEDARF

Mai 1992

(Szene)amtliche B E K A N N T M A C H U N G

Hiermit distanzieren sich (Szene)öffentlich von den RIM-SympathisantInnen der TKP-ML-Maoistische Parteizentrale und Revolutionäre Kommunisten = RK, deren Kontaktadresse die M99 zum Öl/Golfkrieg 90/91 und Ayhan Öztürk war. (Ayhan wurde nach mehrwöchiger Haft beim ein Jahr später unter dem Eindruck von Hoyerswerda stattfindenden Prozeß freigesprochen. Er wurde von mehreren Deutschen mit mörderischer Absicht in der S-Bahn überfallen. Dabei kam Rene Gruber, ein ehemaliger Republikaner, ums Leben. Dieser hatte vorher noch in einem Presseinterview die gewaltsame Vertreibung der "Ausländer" propagiert.)

Als Ausdruck menschenverachtender, gruppenegoistischer, unsolidarischer linker Machtpolitik, lehne ich es ab, eigene politische Vorstellungen, -wannauchverteidigend -, in andere sich links, nicht-reformistisch verstehende politische Zusammenhänge hineinzuprügeln.

Wie 1989 oder 1990 im Mehringhof bei einer Infoveranstaltung der MPLPD (Rote Fahne) zu Peru, geschah dies zuletzt 1992 beim Revolutionären 1. Mai durch die RIM-sympathisantInnen. Trotz der ihnen bekannten und bei Demobeginn nochmals per Flugblatt vermittelten Lautsprecherwagenverweigerung durch die Demovorbereitungsgruppe, bemühten sie sich, ihr politisches Status-Macht-Symbol, ihr Lautsprecherwagen, zu retten und prügelnd zu verteidigen. Als Ergebnis sehen die dabei zum Teil schwer Verletzten ihre jeweiligen Fronten jetzt noch klarer.

Solche Machtspiele sind mir auch von PKK-, FMLN-, ATIF-(Patisan), FIGHT Back-, RCP (Revolutionary Worker)-, Knipselkrant-, Frontline- etc. SympathisantInnen bekannt.

Diese szenepolitische DISTANZIERUNG finde ich deshalb so wichtig, weil ich aus aktuellem Anlaß (1. Mai) dem Eindruck entgegenwirken möchte bei Broschüren und Flugblattauslage, häufiger persönlicher SympathisantInnenpräsenz oder gar Kontaktadressennutzung dieser diversen Gruppen und Parteien, deren Sympathisant oder gar Mitglied zu sein und deren politische Praxis etwa vorbehalt- und Kritiklos zu teilen.

Durch politische Praxis/Arbeit können sich Einzelne/Gruppen Anerkennung hier gleich "Adelstitel" genannt verschaffen. Ihr VON und ZU "Infoladen", "autonome Gruppe", "Kollektiv", besetzte Haus, Land etc. läßt oft solch "geAdelten" viele verschlossene Türen in politischen Zusammenhängen, auch der sich autonom verstehenden Szene mit einer "Sesam öffne Dich" Wirkung durchschreiten.

Diese (un)bewußte Ausnutzung von (und über) einen anerkannten, "geadelten", ~~autonomen~~ Zusammenhang (hier Infocopybuchladen M99, früher Infobuchladen Kukuck, 81-84) damals eben durch Ladendienst, seit 1990 als rollstuhlbedingte Büchertischhilfe etc. oder Titelgebrauch z.B. "Revolutionär..." "geAdelt", sprich anerkannt zu werden, ist mir nicht nur von RIM-SympathisantInnen bekannt.

Nein, dies habe ich früher schon in Knastgruppen, besetzten Häusern, InfobuchladenKKukuck und zuletzt 1990, - nach einem einjährigen Krankenhausaufenthalt als Ergebnis einer politischen Verfolgungspsychose querschnittgelähmt und rollstuhlabhängig -, bei meinem "Neuanfang" im Konflikt mit der EX-M99-Ladengruppe als "Chef", "Sicherheitsrisiko", "Kollektivfeind" etc. denunziert, schmerzhaft und desillusionierend erfahren müssen. Immer noch erinnern mich die täglichen Rechnungsmahnungen an die "Kollektivierung" der damaligen Ladenbestände. Tja nicht nur die über 30 polizeilichen Durchsuchungen seit 1978 zähle ich zu "politischen Spesen".

Den politischen KonsumentInnen von solchen und ähnlichen Anlässen alles wesentliche dazu ausreichend zu vermitteln, um ihre Passivität, welche solche reaktionären Prozesse ermöglicht, aufzuheben, überfordert mich z.B. auch regelmäßig.

Also ich distanziere mich NICHT

von meiner Praxis, nicht-reformistisch-linksmotivierte Aktivitäten zu unterstützen, welche mir geeignet erscheinen "Sand im Getriebe" herrschender Gesellschaftspolitik zu sein.

Also ich distanziere mich NICHT

von der Kontaktadressennutzung durch RIM-SympathisantInnen 1990 für die antirassistische Kampagne "Ayhan did the right thing", welche vor allem Nicht-Deutsche, Nicht-Autonome mobilisierte.

Also ich distanziere mich Nicht

von Zeitschriftenauslegungen der PKK, RCP, FMLN oder früher KNipselkrant etc.

Ich hoffe da also weiter auf die mündigen, auch zwischen den Zeilen lesenkönnenden NutzerInnen des Ladens, welche dies wie bisher auch bei staatlichen, polizeiinternem Schrifttum praktizieren.

Ich fühle mich überfordert allen, welche ich als verantwortungslos, machtgeil, unsolidarisch, schlichtweg negativ erfahren habe, Ladenverbot zu erteilen und die Nutzung der (chinesischen Wandzeitungstradition nachempfundene) Wandzeitung zu verbieten.

SEHT DIES BITTE EIN!!!

GEGEN die revolutionäre Schärfung der "Scheren in unserem Kopf"
FÜR unzensurierte linksrevolutionäre Öffentlichkeitsarbeit
FÜR die permanente Kontrolle der "Adelstitel" und Rang-
Ordnungen in nichtreformistischen sich linksrevolutionär
verstehenden politischen Zusammenhängen!

PS: Wo mir Chef-dasein droht mach ich lieber alles allein!

Bei meiner sagen wir mal 33. polizeilichen Durchsuchung seit 1978, am 29.4.1992, 2 Tage vor'm 1.Mai, vor allem in meiner neuen Meldeadresse, den Zitat: "verlagerten Geschäfts- und Lagerräumen", habe ich wiederholt mit Eigenverschulden Minuspunkte gesammelt. Ich hoffe, bei den sicher weiterhin folgenden Prüfungen, wesentlich besser abzuschneiden.

Da meineserachtens größerer polizeilicher Durchsuchungsaufwand auch größere (Gegen)Öffentlichkeit verursachen kann, hoffe ich auch zukünftig bei Durchsuchungen auf größere Solidaritätsbekundungen vor Ort und anderswo!

grundsätzliche Überlegungen aus Anlaß einer aktuellen Debatte

**Kommunistische Anmerkungen
zur Auseinandersetzung
zwischen StalinistInnen und Autonomen
über den Anti-Kommunismus**

Noch bis zur Anti-IWF-Kampagne 1988 und dem Hungerstreik der Gefangenen aus RAF und Widerstand 1989 dominierte im autonomen Spektrum die - inhaltlich meist kaum ausgewiesene - Abgrenzung von 'den Reformisten'. Spektakuläre - und teilweise auch scene-intern umstrittene - Ausdrücke dieses Politik-Verständnisses waren 1987 die Angriffe auf den taz-Redakteur Nowakowski sowie die AL-Politiker Orłowsky und Härtig sowie die Kübel-Aktion (Maxwell). erinnert sich noch jemandE?!

Seitdem ist von derartigen Aktionen kaum noch etwas zu hören. Stattdessen dominiert - inhaltlich meist genauso wenig ausgewiesen - die Abgrenzung von 'den Stalinisten' - und zwar mit Argumenten, mit denen ReformistInnen schon immer den Kommunismus bekämpften (ich werde darauf zurückkommen).

Ein kleine Gedächtnisstütze

Zunächst aber verdient ein - heute besonders bezeichnendes - Ereignis jener Vor-Wende-Politik der Autonomen ins Gedächtnis gerufen zu werden:

1987 war CARP-Kongreß in Berlin. Die Faschisten wollten damals die DDR-Grenze angreifen, was von DDR-Grenzern und Autonomen verhindert wurde. Daraufhin zog Gerd Nowakowski in der taz über DDR und Autonome im Springer-Stil der 60er Jahre her. In der Folge ging seinerzeit eine Scheibe von Nowakowskis Auto zu Bruch. Dies führte damals zu einer wochenlangen Kampagne von taz und AL-Realos/as für die "Pressefreiheit". In diese Kampagne wollte sich damals der - inzwischen der wegen einer vermeintlichen Zusammenarbeit mit der Stasi angegriffene - seinerzeitige AL-Pressesprecher Dirk Schneider nicht einklinken: Er kritisierte zwar ebenfalls - mit durchaus falschen Argumenten - die Aktion gegen Nowakowski (sie führe zu einem "Teufelskreis, den die Angehörigen der RAF schon einmal erfolglos und mit schrecklichen Folgen probiert haben"). Gleichzeitig sparte er aber auch nicht mit Kritik an der taz. Damals wurden Schneider und Autonome wegen eines "leninistischen Verständnisses von Öffentlichkeit" (Max Thomas Mehr) angegriffen. (zu den damaligen Ereignissen s.: AK 286, 21.09.1987, S. 37). Heute kämpfen taz und Autonome gegen die Stasi...

Ausgrenzung von KommunistInnen und/oder StalinistInnen?

Wie gesagt die Zeiten haben sich geändert:

++ Als 1989/90 die Gruppe Molotow eine inhaltliche Auseinandersetzung über den Boykott der niederländischen Zeitschrift "Knipselkrant" forderte, führte dies - soweit nicht zu Ignoranz oder Unterstellungen -, zur Einnahme offen antikommunistischer Positionen. In einem in der INTERIM nachgedruckten Artikel aus der münsteraner anarchistischen Zeitung "Projektil", wurde die autonome Boykott-Politik (inzwischen nicht nur gegenüber "Knipselkrant") konsequenterweise nicht mehr mit dem - in der Tat in mehrerlei Hinsicht kritikwürdigen - Verhalten der "Knipselkrant"-Fraktion in der niederländischen Bewegung, sondern mit den "unterschiedlichen Revolutionsbegriffen" (von Autonomen einerseits und Boykottierten andererseits) begründet. An den belgischen CCC-Gefangenen, die sich ebenfalls zu dem Konflikt äußerten, kritisierte die "Projektil", daß sie sich in einem "menschverachtenden Blickwinkel" ausschließlich "am Zweck und Nutzen einer Revolution" orientierten. Bis dahin war es den Herrschenden vorbehalten geblieben, über 'menschverachtende' revolutionäre Gewalt zu jammern. Zum Boykott der Zeitschrift "Radikal Brechen" schrieb "Projektil": Die "Radikal Brechen" sei keine "Zeitung der Bewegung, sondern ein von sich avantgardistisch aufspielenden Kommunisten herausgegebenes Blättchen". Da bleibt natürlich nur eine Möglichkeit: Boykott. Abschließend hieß es in dem Artikel: "Daß es wesentliche Unterschiede zwischen den Revolutionsbegriffen der angeführten K-Gruppen und denen des autonomen und anarchistischen Spektrums gibt, ist nicht zu übersehen. Festmachen lassen sie sich besonders krass an der Bedeutung der Subjektivität im revolutionären Prozeß und am Komplex Organisation/Strategie." (interim 96).

Die von "Projektil" angesprochenen und in der Tat bestehenden inhaltlich-politischen Differenzen, haben allerdings nur in dem (Un)Sinn etwas mit Stalinismus zu tun, wie er in der letzten interim (Nr. 193) definiert wurde: "Der Begriff Stalinismus, soviel können wir schon (sic!) sagen, wird von uns unterschiedlich verwendet. Das reicht von der Gleichsetzung mit der Politik des Massenmordes, die Stalin praktiziert hat, über autoritäre Strukturen, die auch bei uns vorhanden sind, bis zu einer grundlegenden Kritik an Politik herrkömmlichen marxistisch-leninistischer Ausrichtung." (Steht da so.).

++ Im vergangenen Frühjahr gab es schließlich den Zensur-Versuch der INTERIM gegenüber der Position der Gruppe "Autonome KommunistInnen" zu der Repression gegen Ex-FunktionärInnen von DDR und SED. Hier wurde die Zensur-Praxis der INTERIM schließlich liberal gehandhabt: "Wir können ja nicht immer zensurieren!!" (interim 143). Soviel hat die interim zumindest von der unterschiedlichen Effektivität von BRD- und DDR-Repression gelernt...

++ Im Frühjahr diesen Jahres ging die telegraph-Redaktion in der interim 183 sogar soweit, nachträglich das Existenzrecht der DDR infragezustellen.

Zum aktuellen Streit mit der RIM

Auch im aktuellen Streit mit der RIM geht es vielen Autonomen wiederum nicht oder nicht nur um den Stalin-Kult der RIM. Als Gründe für die Ausgrenzung der RIM werden genannt:

- Die RIM wolle sich "für einen revolutionären Prozeß als Avantgardepartei, die die Führung zu übernehmen hat, auf(...)spielen" (interim 192, S. 6).
- Das bolschewistische Organisations- und Revolutionsmodell sei falsch und gescheitert (ebd.).
- Es handele sich bei der RIM um eine "kleinlich-doktrinäre(?) ML-Sekte" (interim 193, S. 5) bzw. um eine "klassische ML Partei" (interim 193, S. 7).
- "Ihr Verhalten gegen andere linke Gruppen ist konsequenter Ausdruck ihrer durchgeknallten stalinistisch-maoistischen Avantgarde-Politik, (...)." (interim 193, S. 9).
- "Auch in Zukunft werden wir diese Diskussion nicht nur am Beispiel der RIM fortzuführen haben." (ebd.).
- Andererseits soll durchaus mit anderen Gruppen, die sich positiv auf Stalin beziehen, zusammengearbeitet werden (ebd.), weil "wir" sonst "praktisch fast alle türkischen und kurdischen Organisationen rauschmeißen müßten" (interim 193, S. 3). (Vielleicht ist diese Tatsache ja doch Anlaß, daß einige Leute etwas genauer über das Problem nachdenken?).
- Die RIM störe das gute Feeling (interim 193, S. 11).

Vor diesem Hintergrund ist es kein Wunder, daß die sog. "autonome Gegenwehr (...) recht undifferenziert" war (interim 193, S. 3).

Welcher Maßstab der Kritik?

Nach alledem ist einigermaßen unklar, was nun der Maßstab der autonomen Kritik am Stalinismus bzw. der RIM ist. So ist es denn auch kein Wunder, daß im autonomen Agieren und Argumentieren gegen die RIM teilweise Handlungs- und Argumentationsmuster vorkommen, die teilweise zurecht u.a. am Stalinismus kritisiert werden oder die zumindest die demokratie-idealistische Stalinismus-Kritik und die Kleingruppen-Politik von Autonomen dementieren:

- + + Lt. Chronologie in der interim 193, S. 7 wurde der Streit mit der RIM von autonomer Seite begonnen, indem diese im Nov. 1989 während der Cony Wissmann-Spontandemo versuchte, "der RIM ihre Stalin Transparente wegzunehmen". Die meisten weiteren Konflikte resultierten nach dieser Chronologie ebenfalls daraus, daß sich im RIM - begreiflicherweise (wie wär's denn umgekehrt?) - weigerte, autonomen Anweisungen zu folgen. Auch diesmal scheiterte die von vornherein angekündigte (interim 190, S. 2) Absicht, einen RIM-Lautsprecherwagen und Stalin-Transparente notfalls militant zu verhindern, allein an der autonomen Unfähigkeit.
- + + Auf der VV werden die RIM-lerInnen "klassisch ausgekontert, ignoriert und kriegen kein Bein auf die Erde" (interim 192, S. 3).
- + + "Wo kommen wir denn dahin, wenn jeder Mini-Zusammenhang seinen eigenen Wagen mitbringen darf?" (ebd.).
- + + Die RIM-lerInnen haben angeblich einen "stieren Blick" und seien von ihrer Ideologie "verblendet" (interim 192, S. 4). Sie rufen durch "tote Gegenden" laufend "Veit-se-Paua" (interim 193, S. 9). (Wie wär's mit Zwangspsychiatisierung? Von Stalin lernen, heißt siegen lernen, oder wie?!)
- + + "Die Info-Läden müssen sich weigern, den Schrott von der RIM auszulegen und den noch vorhandenen in den Müll stopfen. Wenn sie auf Agit-Prop-Tour durch die Kneipen ziehen, müssen sich Leute verhalten und sie rauschmeißen." Was wäre wohl los, wenn letzteres umgekehrt passieren würden...
- + + "Für uns kann es jetzt nur darum gehen, die RIM politisch zu isolieren, ihnen den Raum für ihre Propagandaschow zu nehmen und sie konsequent an unseren (?) Treffpunkten, Veranstaltungen, VVs etc. zu verabschieden." (interim 193, S. 2).
- + + "Es kann doch nicht angehen, (...) daß bei der nächsten VV einige ihnen aus demokratischen Prinzipien mal wieder eine verbale Auseinandersetzung anbieten!" (ebd.).
- + + "Die Westberliner Strukturen (und damit sind auch genau die gemeint) müssen endlich ihr Verhältnis zur RIM klären (...) und durchsetzen." (interim 193, S. 5).
- + + "Es ist an der Zeit öffentlich zu klären:
- wieso die Leute der RIM auch bei schärfsten Vorkontrollen schwebewaffnet auf unsere (?) Demos kommen können
- woher die wenigen AktivistInnen das Geld bekommen, um ihre Propaganda (...) zu finanzieren
- (...) woher ihre MitgliederInnen kommen
- warum die RIM ihre monströsen Götzenbilder (die RIM - eines Gotteslästerung, oder wie?!) unbehelligt im Kiez hängen lassen kann, während Antifa-Transparente nach kürzester Zeit von den Bullen entfernt werden
- (...) (wo zum Beispiel gedruckt wird?)" (ebd.).

Daß mußte nun aber wirklich mal offen gelegt werden, daß die RIM-lerInnen "trotzkistisch-bucharinistische Scheusale" sind, die "in Erfüllung des Willens ihrer Auftraggeber - (...) bürgerlicher Spionagedienste - das Ziel gesteckt haben," (Stalin, Werke, Bd. 15, S. 432) durch "scheinradikale Mobilisierungen" (interim 193, S. 9) die autonome Bewegung zu zerstören.

Zusammenfassend läßt sich formulieren: Autonome praktizieren heute u.a. genau die Position, die sie vor zwei Jahren an den CCC-Gefangenen kritisiert haben:

"Für die revolutionäre Kritik besteht das Problem nicht in der Tatsache, daß der PVK 'Terror' (...) ausgeübt haben soll, sondern es befindet sich auf dieser Ebene: gegen wen und warum soll dieser Terror stattgefunden haben." (Beilage der Gruppe Molotow zur interim 83, S. 4; s. dazu die Kritik in interim 96, S. 30).

Die Autonomen sind Opfer ihrer eigenen Theorie und Praxis

Letztlich kann gesagt werden, daß die Autonomen in ihrer Auseinandersetzung mit der RIM die Opfer ihrer eigenen Theorie und Praxis sind:

- + + Dadurch, daß die Autonomen keine Organisation mit einheitlichen Inhalten und verbindlicher Struktur sind und sein wollen, entscheidet letztlich jedeR selbst, ob er/sie zur Szene gehört. Dies macht es natürlich auch für Gruppen, die von einem Teil der Szene abgelehnt werden, leicht, sich in die Szene hineinzudrängen.
- + + Die 'antiautoritäre' Ideologie der Autonomen macht es ihnen schwierig (unmöglich?) ge- und entschlossen gegen die RIM vorzugehen.
- + + Da es den Autonomen über ihren Anti-Autoritismus hinaus an jedweder Stalinismus-Kritik fehlt (selbst eine Begriffs-Definition haben sie nicht), schlägt ihnen ihre 'autoritäre' Praxis gegen die RIM ihre sämtlichen inhaltlichen Argumente aus der Hand - weshalb nur Verschwörungstheorien und Psychologismus (stierer Blick etc.) übrig bleiben.

PS zur Position von Bolschewik Partizan

Liebe GenossInnen,

Ihr wendet Euch in der interim 192 berechtigterweise gegen den autonomen Antikommunismus. Aber leider übernehmt Ihr den diesem Antikommunismus zugrundeliegenden Fehler - nämlich die (nicht nur autonome) Gleichsetzung von Stalinismus, Marxismus-Leninismus und Kommunismus.

Als KommunistInnen müßte es Euch möglich sein, zu erkennen, daß die Theorie und Praxis Stalins eine bürgerliche Abweichung von Position von Marx und Lenin bedeuten:

- + + Während Lenin den Beginn der Revolution in einem Lande für möglich hielt, vertrat Stalin die These von der Möglichkeit des Aufbaus des Sozialismus, ja des Kommunismus in einem Lande.
- + + Während Marx und Lenin Staat und Recht im Sozialismus für transitorisch notwendige bürgerliche Verhältnisse hielten, behauptete Stalin die Möglichkeit eines sozialistischen Rechtssystems und glorifizierte den sowjetischen Staat als "Staat des ganzen Volkes" und negierte damit (nicht nur Klassen)-Widersprüche.
- + + Während Lenin die These und Praxis vertrat, daß im Sozialismus der Klassenkampf für den Kommunismus und damit auch gegen diese bürgerlichen Verhältnisse in neuen Formen fortzusetzen sei, vertrat Stalin nacheinander zwei komplementär falsche Positionen: Zunächst behauptete er eine Verschärfung des Klassenkampfes im Sozialismus; 1936 behauptete er ein Verschwinden der Klassengegensätze in der SU. Parallel dazu gingen die westlichen KomIntern-Sektionen zu ihrer anti-klassenkämpferischen, legalistischen und pazifistischen Volksfront-Konzeption über. Auch dieser Fehler verhält sich nur komplementär zur zuvor von der KomIntern vertretenen "Sozialfaschismus"-These. Lenin verfocht dagegen die Einheitsfront der ArbeiterInnenklasse.
- + + Stalin verfocht hinsichtlich der Familie, der Moral, des Staates, der Negierung des Klassenkampfes bürgerliche Methoden. Deshalb mußten diese Methoden auch größtenteils die Falschen treffen.

Einige Literaturhinweise zur Diskussion über Stalinismus und Maoismus:

- + + Louis Althusser, *Anmerkung zur "Kritik des Personenkults"*, in: Horst Arenz / Joachim Bischoff / Urs Jaeggi (Hg.), *Was ist revolutionärer Marxismus? Kontroverse über Grundfragen marxistischer Theorie zwischen Louis Althusser und John Lewis*, VSA: Westberlin, 1973, 95 - 109.
- + + Etienne Balibar, *Über die Diktatur des Proletariats*. Mit Dokumenten des 22. Parteitag der KPF (Reihe POSITIONEN 2 hrsg. von Peter Schöttler), VSA: Hamburg / (West)berlin, 1977.
- + + Christine Buci-Glucksmann, *Über Stalinismus-Kritik von links*, in: Etienne Balibar et al., *Freiheit der Kritik oder Standpunktlogik*. Diskussion in der KPF, VSA: Westberlin, 1976, 168 - 185.
- + + Georges Labica / Gérard Bensussan (Hg.), *Kritisches Wörterbuch des Marxismus*. Band 5 und 7. Dt. Fassung hrsg. von Wolfgang Fritz Haug, Argument-Verlag: (West)berlin, 1984, 821 - 829 (Stichwort "Maoismus") und 1259 - 1263 (Stichwort "Stalinismus").
- + + Dominique Lecourt, *Proletarische Wissenschaft? Der "Fall Lyssenko" und der Lyssenkismus* (Reihe POSITIONEN Band 1 hrsg. von Peter Schöttler), VSA: Westberlin, 1976.
- + + ders., *Stalin*. Enzyklopädische Notiz, in: *Moderne Zeiten*. MOZ. Sozialistische Monatszeitschrift (Hannover) 12/1982 (Dez.), 49 - 52.
- + + Grahame Lock, *Humanismus und Klassenkampf in der kommunistischen Geschichte*, in: *Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus* (VSA: Westberlin/Hamburg), Vol. 8, Nr. 3, Sept./Okt. 1976, 178 - 197.
- + + ders., *Hintergründe der chinesischen Kulturrevolution*, in: *ebd.*, Vol. 11, April 1977, 105 - 120.
- + + Gerhard Plumpe, *Der Autor als Rechtssubjekt*, in: Helmut Brackert / Jörn Stückrath (Hg.), *Literaturwissenschaft*. Grundkurs 2, Rowohlt: Reinbek bei Hamburg, 1981, 179 - 193 (hier: 187 f.).
- + + Peter Schöttler, *Friedrich Engels und Karl Kautsky als Kritiker des "Juristen-Sozialismus"*, in: *Demokratie und Recht* (PRV: Köln) 1980, 3 - 25 (hier: 6 - 7).
- + + Peter Schöttler, *Rechte oder linke Stalinismus-Kritik*, in: *alternative* (Westberlin), Vol. 118, Feb. 1978, 51 - 59.
- + + Vincenzo Vita, *Der 'Rechtswillkürismus' und die Breschnew-Verfassung*, in: Lidia Menapace et al., *Zurückforderung der Zukunft. Macht und Opposition in den nachrevolutionären Gesellschaften* (edition suhrkamp 962), Suhrkamp-Verlag: Frankfurt am Main 1979, 294 - 301.
- + + Frieder Otto Wolf, *'Materialismus' als Mechanismus der Verdrängung: Zur systematischen Blockierung des Stalinismus-Syndroms*, MOZ 8/1983 (Aug.), 62 - 63.

Ein Kommunist

Presseerklärung

Hausdurchsuchung bei AntifaschistINNen

Willkürlich und ohne jegliche Beweise fanden am 12.5. um 6 Uhr morgens in Berlin mehrere Hausdurchsuchungen, nach ersten Informationen 10, statt. Vor allem ausländische Menschen waren davon betroffen. Es wurden eine Menge Sachen beschlagnahmt, teilweise wurden Leute mitgenommen und vom Staatsschutz verhört. In anderen Fällen wurden die Wohnungen der Durchsuchten zerschlagen und verwüstet. Der Vorwand der Polizei war u.a. ihre Ermittlungen im Zusammenhang mit der Tötung des faschistischen Funktionärs Kaendl (Deutsche Liga für Volk und Heimat).

Nach verstärkter Observierung von Treffpunkten und der Einschüchterung von AntifaschistINNen und Jugendlichen, die sich zum eigenen Schutz organisieren, waren diese Durchsuchungen der vorläufige Höhepunkt in der Hetze und Kriminalisierung von Menschen, die angefangen haben, sich gegen den rassistischen und faschistischen Terror zu wehren.

Während die Polizei z.B. in Magdeburg zuschaut, wie ein Jugendclub von Neo-Nazis überfallen wird, ein Jugendlicher ermordet und drei weitere lebensgefährlich verletzt werden, während jetzt erneut mit dem Nigerianer Steve B. am Scharmützelsee (Brandenburg) ein ausländischer Mensch von Rechtsextremisten ermordet worden ist, benutzt der Staat eine antifaschistische Aktion, um ihre Walze aus Repression und Einschüchterung loszutreten.

Während ultrarechte und faschistische Parteien (von Fap über Nationalistische Front, ÖDP, den Nationalen, FVP bis hin zu den Republikanern), welche die Morde an

Flüchtlingen, ImmigrantINNen, Linke, Lesben, Frauen und Schwulen sowohl praktisch mittragen als auch propagandistisch unterstützen (in Bremen wurde jetzt ein ehemaliges Mitglied der Nationalistischen Front wegen eines Brandanschlages auf ein Flüchtlingswohnheim zu 21 Monaten Haft von einem Gericht verurteilt) staatlicherseits und ganz offiziell zu den BVV-Wahlen zugelassen werden, soll antifaschistischer Protest und Widerstand kriminalisiert werden

Wir fordern:

stoppt die Kriminalisierung

Einstellung aller Ermittlungsverfahren gegen den Antifaschistischen Widerstand

Solidarität ist eine Waffe gegen Repression und Polizeiterror

einige Antifaschistinnen und Antifaschisten

Berlin, 14.5.

Aktionen gegen den "Kampftag" von Neofaschisten im Raum Varel-Wilhelmshaven-Wittmund

Am 23.5.1992 wollen die militanten Neo-Faschisten um den "Deutschen Kameradschaftsbund" einen "Kampftag" mit Kundgebung, Liederabend und Grillfest durchführen. Zweck der Veranstaltungen ist die Rekrutierung von Jugendlichen im Raum Weser-Ems. Wie aus dem Einladungsflugblatt hervorgeht, sind führende Neofaschisten, wie Christian Worch (Vorsitzender der "Nationalen Liste" (NL) in HH und enger Vertrauter des verstorbenen Michael Kühnen) und Thomas Wulf (Mitglied der NL in HH) in die Organisation des Kampftages eingebunden. Gestützt wird dies durch eine Aussage von Thorsten de Vries (Vorsitzender des "Deutschen Kameradschaftsbundes") gegenüber der NWZ: "Veranstalter sind nicht nur wir, das wird ein großer Aufmarsch der vereinigten Rechten, mit Nationalisten, Wiking-Jugend, führenden Personen der rechtsextremen Szene".

Es handelt sich nicht um den ersten Versuch, in Friesland/ Ostfriesland neo-faschistische Kampfbünde zu gründen. Bisher sind alle Versuche an der Gegenwehr der Antifa gescheitert. Die Organisation eines "Kampftages" wird von denselben Personen und Organisationen durchgeführt, die mit ihrem Anliegen bisher nicht durchgekommen sind.

Der "Kampftag" ist seit längerem vorbereitet. In Schulen, Jugendzentren und Kneipen ist Werbung betrieben worden. Leider haben sich einige Jugendliche gefunden, die an diesen Veranstaltungen teilnehmen wollen. Sie davon abzuhalten ist eine Aufgabe. Die andere zielt auf den Funktionärskörper neo-faschistischer Organisationen. Dessen menschenverachtende Ideologien und Handlungen sind hinlänglich bekannt. Ihm muß das Handwerk gelegt werden.

Wenn wir entschlossen und phantasievoll auftreten, werden die Neo-Faschisten nicht durchkommen.

**Wir rufen auf zur
Demonstration gegen die neofaschistischen Strömungen
am 23.05 um 9.30 Uhr
vor dem Olympia-Werk in Roffhausen.**

**Schaut nicht weg - greift ein! Verhindern
wir den "Kampftag" am 23.5.1992 !**

Liebe Genossinnen und Genossen !

Ich möchte mich hier bei allen entschuldigen, denen ich durch meine unbedachte Äußerung die gesamte Planung durcheinander gebracht habe.

Nicht zu meiner Verteidigung, sondern zur Erklärung, da ich glaube, daß sowas auch anderen passieren könnte, möchte ich erzählen, wie so etwas zustande kommen konnte.

Bei einem Treffen von einigen Genossen haben wir beraten, wie wir uns an den Aktionen zum 9.5.92 beteiligen könnten.

Innerhalb dieser Beratung wurde auch die Meldung über den "Parteitag der Nationalen" im HdO, in Karlshorst von einem Genossen (der, wie sich im nachhinein herausstellte, diese Meldung aus dem Bürgerverein-Karlshorst hatte) mitgeteilt.

Da wir aus DDR-Zeiten gewohnt waren, daß Meldungen, die mit solcher Bestimmtheit verkündet wurden, auch meist einen Wahrheitsgehalt hatten, habe ich den Fehler begangen, diese Meldung nicht nachzuprüfen, konnte auch nicht korrekt die Quelle angeben.

Aus diesem Fehler habe ich gelernt, daß jede Meldung, auch wenn sie von Genossen kommt, geprüft werden, oder zumindest gleichzeitig die Quellen mit angegeben werden müssen, wenn ich solche Informationen weiter geben sollte.

Diese Erfahrung war auch für die ganze Gruppe wichtig, wir hoffen das auch andere aus diesen Fehler lernen können.

Mit antiimperialistischen Gruß

Liebe Interims

Wir haben für die Prenzlberg-Demo 2 Aufrufe geschrieben, einen "Szene-Aufruf" und diesen, den wir den Bürgers in die Briefkästen werfen.

Den ersten habt Ihr letzte Woche abgedruckt.

Damit kein falsches Bild entsteht: Wir wollen eine "bürgernahe" Demo und keine "Mili-Aktion".

Dies ist vielleicht in dem letzten Aufruf nicht rübergekommen.

Nur als Hinweis, daß die Leute nicht mit Hassis und bis an die Zähne bewaffnet dort auftauchen

Wie gesagt:

Bunt und vielfältig
widerständig und lebendig
gegen Rassismus und Naziterror
Kiezdemonstration am 23. Mai
15.00 Uhr Zionskirchplatz



Wir trauern
um Torsten Lamprecht,
um „Lampe“,
gestorben am 11. Mai 1992.
Er wurde 23 Jahre alt.

TRAUERMARSCH

Beginn: 23. Mai, 11 Uhr

Ort: Gaststätte „Elbterassen“ am
Cracauer Wasserfall

über: Innenstadt

zum: Moritzplatz (JZ „KNAST“)

Erscheint zahlreich!!!

Wir sind nicht länger gewillt, rechte Gewalt, in welcher Form
auch immer, hinzunehmen. Bitte paßt Euer Verhalten dem
Charakter eines gewaltfreien und ruhigen Trauermarsches an.
Transparente sind erwünscht.

Bitte parkt Eure Fahrzeuge dezentral.

Lampe war nur ein Opfer faschistischer Gewalt:

Anfang April:

Vor dem "Exlibris" werden zwei Jugendliche von Neonazis kränkenhausreif geschlagen. Nur Stunden später wird ein weiterer Jugendlicher das Opfer dieser Täter.

Bis jetzt ist es der Polizei nicht gelungen Tathergang und Täter zu ermitteln.

20. April:

15 Neonazis versuchen, ein vorwiegend von Linken bewohntes Haus zu überfallen. Polizeipräsenz verhindert den Angriff.

24. April:

Kurz nach Mitternacht überfallen ca. 20 mit CS-Gas und Baseballschlägem Bewaffnete das genannte Haus in der Immermannstraße. Hausflur und Wohnungen werden demoliert, zwei BewohnerInnen mit Baseballschlägem zusammengeschlagen. Die Polizei traf, trotz Anwesenheit in unmittelbarer Nähe erst nach über 30 Minuten am Tatort ein. Begründung: "Ortsunkennmis".

2./3. Mai:

Ca. 23.45 Uhr zerrümmern junge Neonazis die Scheiben von vor dem Jugendzentrum "Knast" abgestellten Autos. Dies war ein Ablenkungsmanöver, mit dessen Hilfe 15 - 20 ältere Neonazis die Öffnung der Türen erreichen wollten, um in das Innere des Jugendzentrums zu gelangen.

0.45 Uhr:

Versuchter Überfall von Neonazis auf das Haus in der Immermannstraße.

Ca. 1.45 Uhr:

Vor dem JZ "Knast" wird ein Besucher von Neonazis zusammengeschlagen.

Zu dem ersten Überfall auf das JZ "Knast" schickte die Polizei lediglich Kräfte zur "Beobachtung".

Auf den Hilferuf aus der Immermannstraße reagierte sie gar nicht. Auch beim zweiten Überfall auf das JZ "Knast" nahm die Polizei nur noch die Personalien auf.

9. Mai

Vom Jugendclub "Alexis Klwi" setzen sich ca. 20 PKW mit 50 - 60 bewaffneten Neonazis in Richtung der Gaststätte "Elbterasse" in Bewegung. Dort feiern Punks ein Geburtstagsfest.

Gegen 23 Uhr wird die Polizei durch einen offenbar fingierten Anruf in die Assmannstraße gerufen, "weil Jugendliche Autos demolieren".

Kurz danach wurde genannte Party überfallen.

Trotz erfolgter Gegenwehr wurden die Gäste letztendlich überwältigt. Mehrere Anwohner benachrichtigen in der Zeit von 23.10 bis 23.20 Uhr die Polizei. Die eintreffenden Polizeikräfte beobachten aus sicherer Entfernung das Geschehen und entschließen sich gegen 23.45 Uhr, nachdem Krankenwagen bereits die Verletzten abtransportiert haben, "einzugreifen". Dazu zählt das Feststellen der Personalien der Opfer und die Kontrolle nach Waffen: 8 Punks werden schwerverletzt ins Krankenhaus eingeliefert, darunter Torsten L. mit lebensgefährlichen Kopfverletzungen.

11. Mai
Torsten Lamprecht erhielt seinen Verletzungen

FÜR DAS LEBEN UND DIE FREIHEIT DER POLITISCHEN GEFANGENEN!

Wir rufen auf zur BUNDESWEITEN DEMONSTRATION

am 20. Juni 1992 in Bonn

Beginn: 11.00 Uhr

Viele haben vor 3 Jahren - während des letzten Hungerstreiks der politischen Gefangenen - gemeinsam mit uns (FreundInnen, Angehörigen, GenossInnen) für die Forderungen der Gefangenen demonstriert. Diese Forderungen sind bis heute im Wesentlichen nicht verwirklicht!

**WANN, WENN NICHT JETZT -
WER, WENN NICHT WIR?!**

Nach mehr als 20 Jahren Sondergesetzen, Isolationshaft und 9 toten Gefangenen, nach mehr als 20 Jahren kollektivem Kampf der Gefangenen und immer größer werdender öffentlicher Unterstützung sehen sich Teile des Staatsapparats gezwungen, die harte Haltung des Staates gegenüber den Gefangenen in Frage zu stellen.

Mit ihrer Erklärung vom 10. April 1992 hat die RAF entschieden, Angriffe auf führende Repräsentanten aus Wirtschaft und Staat für den jetzt notwendigen Prozeß einzustellen. Damit markiert die RAF einen Schnitt in die aktuelle Situation.

Für die Gefangenen aus RAF und Widerstand sagt Irmgard Möller, seit 20(!) Jahren im Knast, in einer Erklärung vom 15. April 1992: "... daß die globalen und innergesellschaftlichen umbrüche so tiefgehend sind, daß sie für alle eine einfache fortsetzung der politik und praxis der 70er und 80er jahre unmöglich machen"

Dazu gehört unbedingt, daß die politischen Gefangenen an den jetzt notwendigen politischen Prozessen teilnehmen können. Wir wollen eine gemeinsame Diskussion, die unter den vorhandenen Bedingungen nicht möglich ist. Diese Bedingungen müssen sich ändern - sofort und für alle!

Alle, die auf der Suche nach Wegen sind, wie menschenwürdiges Leben hier und weltweit an ganz konkreten Fragen organisiert und durchgesetzt werden kann, fordern wir auf, mit nach Bonn zu kommen! Wir wollen auf die Straße gehen, weil wir wissen, daß konkrete Schritte zur Änderung der Situation aller Gefangenen nicht freiwillig gemacht werden, sondern erkämpft werden müssen!

Wir wollen nach Bonn gehen, um von der Regierung zu fordern, die Weichen für eine politische Lösung für alle politischen Gefangenen zu stellen. Das heißt, die Freilassung aller politischen Gefangenen zu entscheiden und die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, daß die Gefangenen in einem überschaubaren Zeitraum rauskommen.

Erste Schritte dazu sind, daß die haftunfähigen Gefangenen Bernd Rössner, Günter Sonnenberg, Isabel Jacob und Ali Jansen sofort freigelassen werden. Ute Hladki und Angelika Goder müssen draußen bleiben, weil sie haftunfähig sind.

Für alle anderen Gefangenen aus RAF und Widerstand fordern wir als ersten und sofort möglichen Schritt ihre Zusammenlegung und die Aufhebung aller Sondermaßnahmen, die ihre Kommunikation einschränken oder unmöglich machen. Dazu gehört auch, daß die neuen Strafverfahren gegen einige Gefangene aus der RAF, die auf Kronzeugenaussagen basieren, eingestellt werden.

Und: die Freilassung der politischen Gefangenen darf nicht von inquisitorischen Anhörungen abhängig gemacht werden.

Politische Lösung bedeutet aber auch:

Alle Isolationstrakte und Sonderabteilungen müssen geschlossen werden.

Alle haftunfähigen Gefangenen müssen freigelassen werden.

Alle repressiven Maßnahmen gegen die, die sich für das Leben und die Freiheit der Gefangenen einsetzen, müssen eingestellt werden.

FreundInnen und GenossInnen der politischen Gefangenen in der BRD

(UnterstützerInnen: Bunte Hilfe Darmstadt, Infobüro Stuttgart, Initiative für die Zusammenlegung Heidelberg, Infobüro Karlsruhe, Infoladen Bonn, red house Düsseldorf, clockwork 129a. Stand: 10. Mai 1992)

Kontaktadresse:

Infoladen Bonn, Wolfstr. 10/Hinterhaus, 53 Bonn 1

Spendenkonto: K. Leukefeld; Postgiroamt Köln: BLZ 370 100 50; Konto-Nummer: 39 68-506; Stichwort: Bonn-Demo

Liebe Leute

Wir haben es jetzt geschafft, endlich was zum Text der RZ, also dem zu Gert Altbartus zu schreiben.

Wir, das ist eine Gruppe in Radio Dreyeckland, Freiburg, die sich nach der Auseinandersetzung um den Antisemitismusvorwurf gegen Radio Dreyeckland gebildet hat. Wir nennen uns PIZ - Projekt Interredaktionelle Zusammenarbeit. Wir kommen aus unterschiedlichsten Einzelredaktionen innerhalb des Radios und haben uns an diesem Punkt, der Notwendigkeit für eine deutsche Linke, sich mit Antisemitismus auseinanderzusetzen, zusammengefunden. Der Anstoß kam über den "Erkönig", ein Papier von den 3 Frankfurter Gefangenen Ali, Michi und Bernhard, welches in diesen Konflikt interveniert hat. Wir haben uns entschlossen, weil wir die Auseinandersetzung für wichtig halten und auch eine gemeinsame Diskussion zwischen drinnen und draußen mit praktisch sichtbaren Ergebnissen wollen, die Auseinandersetzung mit Michi, Ali und Bernhard zu beginnen.

Dem ersten Punkt, dem wir uns aus unserer Unterschiedlichkeit genähert haben, war das RZ Papier, worüber es viel zu diskutieren gibt und was auch etwas mit dem Thema Antisemitismus zu tun hat.

Wir haben sehr lange und ausführlich an dem Papier diskutiert, um wirklich zu einem gemeinsamen Ergebnis zu kommen, und damit unser Papier zum einen was zur Diskussion beiträgt, zum anderen sich diesem schwierigen Thema auch angemessen nähert und sich nicht in den bekannten Schablonen ergeht.

Wir fingen die Auseinandersetzung nicht als Gruppe an, die schon durch lange Zusammenarbeit, auf Gemeinsamkeiten oder auch Differenzen aufbauend, das Gespräch beginnt. Doch es gab eine gemeinsame Vorstellung, deren Ausgangspunkt die "Antisemitismus-diskussion" auf RDL ist, besonders der abrupte Abbruch, sowie das "Einmischen" von Bernhard, Michi und Ali, und die plötzliche "Leere", die zum Thema - zumindest in RDL - seitdem wieder herrscht.

Zuvor gab es schon von Teilen von uns die Überlegung, das Projekt "Radio Dreyeckland" zu nutzen, um der oft formulierten Forderung nach "Kommunikation zwischen drinnen und draußen" auch kleine praktische Schritte folgen zu lassen. Gefangene als eventuell freie MitarbeiterInnen etc.. Etwas in dieser Art sieht noch aus und wir würden uns auch wünschen, wenn sich auch andere Gefangene oder andere Menschen und Gruppen, in einen wirklichen Austausch einklinken würden.

Wir - die PIZ-Leute - haben uns, wie gesagt, aus verschiedenen Redaktionen - als Einzelpersonen und nicht als VertreterInnen der Redaktionen - zusammengefunden, um darüber zu diskutieren; zum Thema Antisemitismus, Antisemit-

2

tismus in der Linken, aber auch zu anderen Themen, die für eine linke Politik und Auseinandersetzung notwendig, wichtig und spannend sind.

Neben unserer konkreten Auseinandersetzung - eben auch mit den Gefangenen - wollen wir die Diskussionen immer wieder in unsere jeweiligen Redaktionen reintragen, um dort auch Gedankenanstöße zu geben und vielleicht so eine kontinuierliche Auseinandersetzung zum Thema Antisemitismus, etc. zu erreichen. Wir überlegen noch, inwieweit Sendungen mit dieser Diskussion gestaltet und bestritten werden können, eventuell mit Gefangenen zusammen.

Im Moment geht es uns speziell darum, über das Umschlagen von Antizionismus in Antisemitismus zu diskutieren, wo und wann das passiert und sogar auf rechtsradikale Symboliken und Argumentationsweisen zurückgegriffen wird, über die Notwendigkeit einer Differenzierung in der Auseinandersetzung um Israel (Menschen, die in Israel leben, israelische Regierung, israelische linke Opposition). Wie beeinflusst eine deutsche Sozialisation, die gar nicht frei von Antisemitismen sein kann, die Auseinandersetzung? Wie wird sie dadurch erschwert und verhindert? Das bedeutet auch für uns - wie es schon im "Erkönig" benannt wurde, eine genaue Auseinandersetzung mit der Geschichte, besonders mit der deutschen Geschichte, dem NS-Faschismus, bzw. den Kontinuitäten bis heute.

Und das bedeutet auch - trotz oder gerade wegen - der "allgemeinen Perspektivlosigkeit der radikalen Linken" eine genaue Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte (antiimperialistische Positionen, Soli-bewegung, soziale Bewegungen, bewaffneter Kampf, BRD- bzw. Metropolenwirklichkeit, internationalistisches Denken, das praktisch und konkret ist und nicht eigenen Idealen nachhinkt.)

Aber das sind alles nur Stichworte, die nicht davon ablenken sollen, daß wir (PIZ) noch in den Kinderschuhen stecken. Aber wir wollen unsere Positionen lieber über Gespräche entwickeln und in einer gemeinsamen Auseinandersetzung, als isoliert, allein zuhause über die Bücher gebeugt, lesender Weise oder in einer isolierten Kleingruppe.

Das beigelegte Papier gibt sicherlich einen kleinen Einblick in unsere Diskussionen, die gerade erst beginnen! also, bis dann

Alle Gefangenen seien ganz lieb umarmt und begrüßt
PIZ - Projekt Interredaktionelle Zusammenarbeit

Hasta la victoria siempre!

Falls uns jemand schreiben will, so könnt ihr es tun unsere Adresse ist:

PIZ

Radio Dreyeckland

Adlerstr. 12

7800 Freiburg

Geboren wurde er schön weit zur Linken Gottes, säte den Mais und preßte Indigo aus, überlebte ständigen Durst und Hunger unter der Sonne, flüchtete sich in die Liebe als er noch ein Kind war.

Dann erhob er sich gegen die Regierung der Weißen, der Räuber des Landes,

gegen die Erhöhung der Steuern,

die nichts war als ein weiteres Todesurteil,

und gegen die Jagd auf Menschen für das Kanonensfutter, die Armee für die Kriege der Weißen.

Um den Kampf zu beginnen erfand er den Hinterhalt,

»hundert von oben, hundert von unten«

und mit Lanzen aus huiscoyol und Kanonen aus Holz

zerschoß er all die Jahrhundert alte spanische Militärradition

Sein wunder Punkt war der Mangel an Information,

denn niemals erfuhr er, daß er den Krieg schon gewonnen hatte,

daß er die Regierung der Hauptstadt in die Flucht geschlagen hatte

und daß die politische Macht der Nation

mit geöffneten Schenkeln auf die Stämme der Nomaalcalcos wartete.

Auch war es sehr übel, daß seine ganze Truppe sich besoff

und ihre erste Niederlage erlitt

aus den Händen der Frauen, auf dem Markt von Zacatecoluca.

Später kamen dann Verrat

und die Gesetzmäßigkeit der Geschichte

und die Macht des Feindes.

Er war der Spartacus von El Salvador,

war Marulanda und war Son Yosa und war Patrick Lumumba

des 19. Jahrhunderts in El Salvador.

Roque Dalton

Roque Dalton wurde am 10. Mai 1975, nachdem er 1973 nach neun Jahren Exil heimlich nach El Salvador zurückgekehrt war, als »Verschwörer« hingerichtet. Im Kommuniqué des ERP (Revolutionäre Volksarmee), hieß es, er sei ein CIA-Agent gewesen. Tatsächlich ging es um die Auseinandersetzung, »Massenlinie« gegen baldigen Volksaufstand mit Priorität auf der Vorbereitung des bewaffneten Kampfes. Roque Dalton soll der »Kopf« der »Massenlinie« gewesen sein, die wohl die Mehrheit der Organisation repräsentierte.

Nach 2 weiteren Morden zog sich die Mehrheit aus der Organisation zurück und die FARN (Bewaffnete Kräfte des Nationalen Widerstands) wurden gegründet. Der Rest ERP versank zunächst vollkommen diskreditiert in der Bedeutungslosigkeit. Allerdings fand selbst nach dieser Tat und dem Trauma, das sie hinterließ, diese Praxis in den Reihen der 5 Parteien El Salvadors, die später gemeinsam den FMLN gründen sollten, noch kein Ende. Im September 1980 auf dem Höhepunkt interner Auseinandersetzungen, kam der 1. Verantwortliche der FARN bei einem mysteriösen Flugzeugunglück ums Leben, Ernesto Jovel. Im Frühjahr 1983 kam es zu dem grauenhaften Mord an der FPL-Führerin Melida Anaya Montes, durch ein anderes Führungsmitglied der FPL und zu dem anschließend gemeldeten Selbstmord von Salvador Cayetano Carpio.

So schlimm wie blödsinnig diese Morde auch waren, so zeigen sie, und das hat die Geschichte mittlerweile bewiesen, nicht den Weg, den die RZ in ihrem Papier mit

einer ganz bestimmten Stringenz vorgibt. Bestimmte Entwicklungen sind aus der Betrachtungsweise der RZ herausgefallen!

Am Beispiel des FMLN ergab sich eine andere Entwicklung, als die »der Logik des Krieges«. Nach der sandinistischen Revolution in Nicaragua, und dem Aufstand 1981 erkannten die 5 verschiedenen Parteien die Notwendigkeit der Einheit und schlossen sich schließlich im FMLN zusammen.

Die so ums Leben gekommenen sind mittlerweile rehabilitiert, was sie zwar nicht wieder lebendig macht, allerdings einen Weg öffnete und zwar das Lernen im Rahmen eines gemeinsamen Zieles.

Auch hat der FMLN sich dadurch ausgezeichnet, daß er seine Feinde zumeist sehr gut behandelte, die Gefangenen, einfache Soldaten, wurden, wenn verletzt, ärztlich versorgt, bekamen eine Schulung und wurden dann unversehrt dem internationalen Roten Kreuz übergeben. Was zum Beispiel dazu führte, daß die meisten der ehemals gefangenen Soldaten, ihrem Feindbild beraubt, oft nicht mehr weiterkämpfen wollten.

Bei Aktionen wurde, soweit es ging, darauf geachtet, daß aus Kolonnen die Altos, also die Kommandierenden, herausgeschossen wurden und nicht die einfachen Soldaten.

Allerdings gab es auch Todesurteile und Hinrichtungen, wenn z.B. Vergewaltigungen durch Guerilleros bekannt wurden.

Soweit vielleicht erstmal ein paar Grundgedanken, die es ermöglichen sollten, den Blick der Diskussion etwas zu öffnen, um die bisher sehr schablonenhaft geführte Diskussion auf eine tatsächliche Austauschebene zu bringen, die weiterführen kann, als das sture Festhalten an Positionen!

Doch nun zum Gerd Albartus-Text: Zuerst einmal finden wir es gut, überhaupt mal wieder was von den RZ zu hören. Mitzubekommen, was gedacht wird, wie diskutiert wird, wie analysiert wird. Aber es taucht natürlich die Frage auf: Wer ist denn die RZ, die das Papier geschrieben hat? Eine Gruppe der RZ, ein Diskussionszusammenhang von mehreren Gruppen der RZ, der gesamte Zusammenhang RZ, oder was? Diese Frage wurde noch einmal verstärkt durch das Auflösungspapier einer RZ, die sich nahezu mit keinem Wort auf die Diskussion, die im Text zu Gert Dalton gelegt ist, bezog. Aus diesem Grund, wäre es wichtig, dies deutlicher zu machen. Dies, um einschätzen zu können, mit wem redet mensch denn.

Eine RZ erklärt »das Ende ihrer Politik«; das Gerd Albartus-Papier erklärt das lange Ende des Internationalismus und der nationalen Befreiungskämpfe. Warum wird erst so spät über alles gesprochen - wenn die Entscheidungen längst schon gefallen sind, die Auflösungserscheinungen sich konkretisieren? Wieso werden die andiskutierten Inhalte nicht schon früher als Fragen und Schwierigkeiten aufgeworfen - mit dem Versuch, eine »öffentliche« Diskussion darüber zu führen? Vielleicht würde dies eher eine »soziale Verankerung« möglich machen - als später darüber zu lamentieren, nicht verankert zu sein. Beide Texte liegen so weiter auf der Verlautbarungsebene; die RZ teilt uns was mit, uns den Legalen, den Nicht-Militanten oder was auch immer. Dies ist leider eine Entwicklung, die die gesamte radikale Linke durchzieht. Es wird nicht mehr geredet, gestritten, diskutiert, nein es wird nur noch mitgeteilt. Positionen werden ausgetauscht. Die »Diskussion« um das Gert Albartus Papier ist ein genauso dunkles Kapitel dieser Geschichte. Doch nun inhaltlich zum Text:

Der Sinn der Veröffentlichung des Gerd Altbauer-Textes wird als denkbar einfach dargestellt. "Wir wollen verhindern, daß ein Genosse, der uns wichtig ist, spurlos verschwindet." Aber der Text geht weit darüber hinaus - reißt viele sehr grundsätzliche Fragestellungen für revolutionäre Politik und revolutionäres Politikverständnis an. Reißt sie aber wirklich nur an, er bleibt immer auf der Oberfläche. Obwohl der Text beim erstmaligen Lesen sehr interessant und selbstkritisch erscheint, wird er beim genaueren Hinschauen, drüber reden immer diffuser und widersprüchlicher.

Es wird von Rache/Vergeltung gesprochen. Was heißt denn Rache und Vergeltung bezüglich des Todes von Gerd? Noch dazu wenn über die Gründe, warum Gerd hingerichtet wurde, nichts erklärt werden kann! erklärt wird. Die «Logik des Krieges» wird später im Text herausgearbeitet und zwar als vorhanden, aber überwindbar beschrieben. Ist dieser Schrei nach Rache nicht genau das Denken in der Logik des Krieges?! Einzig und allein an Undurchführbarkeit gescheitert, zumindest ist es das, was bei uns dazu hängen blieb. Es wird von «Macht und der künftigen Sprache der Despoten» gesprochen - sehr allgemein und undifferenziert, denn das mag auf Teile der Befreiungsbewegungen zutreffen, aber nicht so allgemein. Es mag möglich sein, z.B. über die Rote Khmer (Pol Pot Fraktion) so zu reden, aber doch wohl nicht über die FSLN in Nicaragua, die FMLN in El Salvador, oder die URNG in Guatemala; dies nur 3 Beispiele die eng beieinander liegen und die relativ viele Menschen hier mit viel Hoffnung und Unterstützung begleitet haben.

Nicht, um von guten und bösen Befreiungsbewegungen zu reden, sondern um zu differenzieren und der Zwangsläufigkeit der RZ-Argumentation etwas entgegenzusetzen, was auch Realität ist. Beim Diskutieren des Textes standen immer wieder Worte wie: zu undifferenziert, zu oberflächlich, zu beschreibend mit zu wenig eigener Position im Raum. Außerdem gab es immer wieder Schwierigkeiten, die Zeitabschnitte richtig einzuordnen. Was war ist rückblickend die Reflexion von damals, die Zeit nach Entebbe und was ist Reflexion für heute. Gerade die Selbstkritik am Punkt Antisemitismus - der Umgang damit. Wie sieht der Standpunkt zu antisemitischem Verhalten innerhalb der RZ heute aus? Erstmal ist wichtig, daß der Text das Problem Antisemitismus in der Linken überhaupt mal benennt, denn damals wie heute wurde/wird zumeist so getan, als gäbe es antisemitische Tendenzen innerhalb der Linken nicht. Keine Spur des Hinterfragens, wo bewußt/unbewußte antisemitische Ressentiments auftreten. Gerade die Zeit während und nach dem 2. Golfkrieg hat tiefe Spuren hinterlassen. Die Angriffe, daß die radikale Linke antisemitisch sei - und das inhaltsleere wenig überzeugende, z.T. unreflektierte Gegenpower der radikalen Linken, ohne eine differenzierte Stellungnahme in der Auseinandersetzung zu entwickeln. Dies zeigt, daß da einiges im Argen liegt. Ohne genauer unsere deutsche Sprache, unsere deutsche Sozialisation, unsere deutsche Geschichte zu beachten und daraus eine kritische Position zur israelischen Regierung, ein Verhältnis zu den in Israel lebenden Juden und Jüdinnen zu entwickeln und auch eine kritische Solidarität zum palästinensischen Befreiungskampf und der Intifada. Die Beispiele für das Vorhandensein von Antisemitismus in der Linken sind schon verschiedentlich angeführt worden. Tatsache ist, daß noch kein ausreichender Druck entwickelt wurde, der gefordert hätte, sich damit auseinanderzusetzen. Wer entfaltet den Druck, sich mit Antisemitismus auseinander zu setzen; werden es erst die jüdischen Flüchtlinge aus der ehemaligen Sowjetunion sein, oder schaffen es wir als Linke endlich mal selbst, die notwendigen Auseinandersetzungen zu führen, ohne auf die Füße getreten

zu bekommen? Wie lange, und auch bis heute wenig ertragbringend, hat es gedauert, bis die neue Frauenbewegung nach '68 bei (linken) Männern erreicht hat, ihren Sexismus anzugehen und schwarze Frauen sind es seit einigen Jahren, die die Auseinandersetzung unter Feministinnen über ihren Rassismus angestoßen haben.

In Bezug auf das Verhältnis Israel/Palästina, wie auch allgemein gilt: nicht das einfache schwarz-weiß gut-böse Schema gilt es aufzubauen, bedingungslose Solidarität oder gar keine, sondern Fragen zuzulassen, wie und warum wird Israel - zu Recht natürlich - für seine zerstörerische, imperialistische und menschenverachtende Politik, insbesondere gegen das palästinensische Volk, kritisiert. Hier sind Fragen nach der Rolle Israels, seiner speziellen, durch Finanz- und Rüstungshilfe der USA und der BRD hochgerüsteten Armee, genau zu beantworten. Die Verknüpfung israelischer Expansionskriege und militärischer Interventionen in arabische Länder, (z.B. Libanon 1982) mit USA und NATO-Interessen, direkte Zusammenarbeit und Unterstützung von internationalen Friedenstruppen der NATO (nicht zu verwechseln mit den UNO-Friedenstruppen) und israelischer Invasionsarmee (z.B. Libanon 1982), ist genau zu beantworten. Das Schlagwort vom Vorposten der NATO im arabischen Raum reicht hier nicht aus, weil auch andere arabische Regierungen USA- und NATO-Interessen bis zur "Aufstandsbekämpfung" mittragen. In diesem Zusammenhang ist auch der "Schwarze September", Jordanien 1970 und der brutale Lagerkrieg der Syrien-unterstützten Amal-Miliz gegen PalästinenserInnenlager und PLO-Stellungen im Libanon ab 1983 zu begreifen. Während der Massaker an der palästinensischen Bevölkerung in Jordanien 1970, standen us-amerikanische Truppen auf türkischen Militärstützpunkten bereit, um wenn "nötig", zugunsten des jordanischen Regimes einzugreifen. Dies sind nur Beispiele, die aufzeigen, mit welcher "Gradlinigkeit" Israel für den "Schwarzen September" 1970 und der Lagerkrieg der Amal-Milizen 1983, verantwortlich gemacht wird, obwohl Jordanien und Syrien unmittelbar verantwortlich waren. Mit solchen Geschichtsfälschungen oder auch Ungenauigkeiten wird eine bestimmte Sichtweise verbreitet, in der die Rolle Israels oder des Zionismus falsch dargestellt ist. Auch das immer wiederkehrende Argument der angeblichen Blockade gegen NS-Deutschland, die die Zionisten durchbrochen haben sollen (mittlerweile hinlänglich im "Erklärung" von Michi, Ali und Bernhard aufgedröselt und widerlegt), geht in die gleiche propagandistische Richtung. Vertreibung, Krieg und Terror durch Israel gegen die palästinensische Bevölkerung führt sehr wohl zu deren Vertreibung, aber unmittelbar verantwortlich für die Massaker und die Vertreibungen war das jordanische Regime unter Hussein und das syrische Regime unter Assad. Wir sollten anfangen. Israel für das anzugreifen, was es tatsächlich tut oder getan hat und das ist immer noch genug, allerdings bedeutet dies, genauer hinzuschauen. Und da es immer wieder an der Fähigkeit fehlt, auch dann Stellung zu beziehen, wenn die Antwort nicht ja oder nein! gut oder böse ist, wird die radikale Linke dort immer wieder ihre Schwächen offenlegen, wenn eben nicht genauer geschaut wird. Dies auch als Kritik an der RZ, sich, nach Entebbe, aus den internationalen Kontakten und aus dem Thema Israel-Palästina rauszuziehen; die eigene Geschichte nicht aufzuarbeiten. Auch der RZ-Text wird diesem Anspruch bei weitem nicht gerecht.

Und auch wieder die Frage: stimmt für die SchreiberInnen?) des Gerd-Altbauer-Textes der Satz "wo zwei ethnische Gemeinschaften Ansprüche auf dasselbe Stück Land erheben, gibt es keine revolutionäre Lösungen." auch heute, 1992, noch, oder

0

den, und nicht ein Rückzug aus den «internationalen Kontakten» und das Aufkündigen von Solidarität, weil etwas nicht so gelaufen ist, wie es sich ein linkes Metropolengehirn ausgedacht hat. Auch hier wäre erstmal noch zu beschreiben, ob sich die internationalen Kontakte auf die eine palästinensische Gruppe beschränkte hat, denn nur so macht es Sinn, dann ist es allerdings Blödsinn es so zu schreiben. Mit dem, was Gert gesagt hat, lag er ja nicht falsch. "Der Preis den wir für die Hervorkehrung unserer Autonomie bezahlten, sei das Verschwinden in der Bedeutungslosigkeit. Der freiwillige Verzicht auf die Umsetzung eines konkreten Antimperialismus mache nicht nur unseren revolutionären Anspruch zur Farce, er komme zugleich einer Kapitulation vor ganz praktischen Anforderungen, wie der Erhaltung der Option der Gefangenenerbefreiung, der Sicherung der Rückzugsmöglichkeiten oder der Bewahrung eines bestimmten Aktionsniveaus gleich." Es hätte sicherlich auch noch andere Möglichkeiten gegeben, als den, von der einen Gruppe auf sämtliche Befreiungsbewegungen zu schließen. Allerdings würde es auch da immer Widersprüche geben; allerdings schreibt die RZ bewundernd über Gert, daß er in Widersprüchen leben konnte, wenn diese Bewunderung ehrlich ist, dann ist sie sicherlich ein Schlüssel für Lösungen. Vielleicht ginge es auch endlich mal darum, das eigene Verhältnis zu Befreiungsbewegungen zu überdenken und die Probleme mal auf hier zu übertragen, natürlich immer im Verhältnis der Konfrontation. Dort wäre dann auch zuerst anzusetzen. Wir alle kennen die Strukturen hier: gegenseitiges Fertigmachen, andere Meinungen nicht akzeptieren, von sich selbst oder der eigenen Gruppe derart überzeugt zu sein usw. Wir behaupten, wenn bei uns die Situation ähnlich zugespitzt wäre, so würden hier bei uns, mindestens genausoviel Morde in den eigenen Reihen zu verzeichnen sein. Und daher ist auch der Gedanke der «Logik des Krieges» sehr schwer nachzuvollziehen. Die Frage ist doch, wie die in einem Befreiungskampf auftretenden Probleme gelöst werden und nicht das Festschreiben einer wie vom Himmel fallenden «Logik des Krieges». "Was hier als Suche, als Probieren, als Ringen um neue Impulse nicht nur seine Berechtigung hat, sondern unbedingt erforderlich ist, sieht sich dort schnell des Verdachts der Unentschlossenheit, der Zögerlichkeit, der Abweichung ausgesetzt."

Ist das hier anders? Es wird gesagt, diese Ausführung darf eigentlich nicht für eine Erklärung herhalten und dennoch tut sie es. Und wieder ist die Ausführung zu allgemein, zu undifferenziert, zu oberflächlich - und vor allem läßt es die eigene «revolutionäre Moral», die eigenen Fehler ganz außen vor. Genauso wie von einer palästinensischen Gruppe auf den gesamten palästinensischen Widerstand geschlossen wird - auch wenn nochmal betont wird, daß das nicht der Fall sein soll, aber warum wurden dann keine anderen Kontakte zu anderen palästinensischen Gruppen aufgebaut, etc.

Wir haben zwar viel jetzt noch nicht angesprochen, aber wir denken soweit reicht es erstmal, wir hoffen auf eine fruchtbare Auseinandersetzung und kommen noch einmal auf den Anfang zurück, zu El Salvador und zitieren aus dem Vorwort zum Buch "Die Enkel des Jaguars" von Manfred Heckhorn und Volker Wunderlich. "Die Gewalt ist in El Salvador ein Phänomen des Alltags. Die Lektion der offenen Gewalt muß jedes Kind lernen. Gegen den Großgrundbesitzer hilft kein Gericht, der Bauer der aufmuckt, wird eingelocht und mißhandelt. (...) Es gibt keine Instanzen für die Gerechtigkeit, deshalb kann sich die Idee der Gerechtigkeit nicht ohne Gewalt konkretisieren. (...) Wenn also deutlich wird, daß unter diesen Umständen der Widerstand nur gewaltsam sein kann, wenn es sozusagen ein «gerechter Krieg» ist,

5

galt dieses Denken für die 80er Jahre? Liegt darin nicht noch immer der Ansatz von völkischem/rassistischem Denken, welcher Entebbe möglich machte? Es widerspricht kolossal, der später im Text geäußerten Selbstkritik an Entebbe, das Oben und Unten nicht mehr zu sehen. Wieso soll es nicht möglich sein, daß sich die unteren Klassen in beiden Gesellschaften zusammen tun und ihre Unterdrücker endlich zum Teufel jagen, also anfangen eben den völkischen Rahmen zu verlassen. Zugegeben, das klingt in der momentanen Situation wenig realistisch, aber es soll doch darum gehen, eine Perspektive gegen den überquellenden Nationalismus zu finden. Und für uns ist das sehr wohl eine revolutionäre Lösung in diesem Konflikt. In diesem Satz wird also genau einer völkischen Ideologie erneut aufgesessen. Kann es wirklich um solche Kategorien, wie Anspruch auf ein Stück Land gehen, oder sollte es nicht in der Forderung um Anspruch auf gesicherte menschliche Existenz gehen, in der Überwindung rassistischer, unterdrückerischer und auch nationalstaatlicher Grenzen? Wobei natürlich kulturelle, ethnische und religiöse Unterschiede zu respektieren sind. Würde so ein Satz auch auftauschen, wenn es um einen anderen Konflikt im Trikont ginge? Dort wäre entsprechend die Frage: Weiße raus oder was?

Das zeigt, daß in diesem Satz eventuell ein sehr tief eingetragenes Verständnis liegt, denn fast auf dem gesamten Erdball beanspruchten verschiedene Gruppen, Völker, Ethnien das selbe Stück Land. Heißt das also, es gibt keine revolutionäre Perspektive mehr? Entweder es wird nur so argumentiert, weil es um Israel-Palästina geht oder die RZ hat sich aus dem revolutionären Kampf verabschiedet? Auf alle Fälle muß es darauf Antworten geben!

Wie oben schon angedeutet, taucht ein Bezug auf eine klassenkämpferische Position überhaupt nicht auf, sondern nur eine scheinbar klassenlose «ethnische Gemeinschaft». Warum werden in der Auseinandersetzung um Israel und Palästina Klassenunterschiede nicht benannt, wo sie in anderen Befreiungskämpfen immer hervor gehoben werden?

Weiter schreiben die RZ, daß jede "Machtübernahme den sozialen Gehalt der Revolution in fast allen Fällen zerstörte als entfaltete, (...)". Gut, an diesem Punkt wird etwas eingeschränkt, aber in der Weiterführung des Gedankens sind sie dann doch ganz schnell wieder sehr allgemein. Es wäre gut, zu benennen, welche Befreiungsbewegungen gemeint sind. Ob damals z.B. Vietnam und Kambodscha, oder heute z.B. El Salvador oder Nicaragua. Auch in der Weiterführung "(...) daß von der frisch gewonnenen Unabhängigkeit vor allem die alten Kader profitierten, während das anhaltende Massenelend einer neuen Erklärung bedurfte, daß sich die ganze Dialektik von nationaler und sozialer Befreiung vor allem für die neuen Machthaber rechnete (...) all das paßte nicht in unser Bild eines homogenen Befreiungsprozesses und wurde deshalb ausgeblendet." Damals für die RZ - oder heute? Was wurde denn da alles projiziert, auf die Kämpfer und Kämpferinnen im Trikont? Wieder einmal sollen andere unsere eigenen Ansprüche und Vorstellungen verwirklichen und wieder einmal wird eine Weltmarktsituation, die Einflüsse von außen, von kapitalistisch-imperialistischen Hürden einfach weggedrückt. Das soll natürlich nicht heißen, daß es keine Fehler gab, die gab es zuhauf, aber wir sollten uns schon beide Seiten der Medaille anschauen.

Zu negieren, daß es viele interne Prozesse in allen möglichen Befreiungsbewegungen gab, um die sozialen Fragen nach der Befreiung zu lösen, schlägt in dieselbe Kerbe wie oben, ist letztlich resignativ. Die vielen Fehler dabei, mit dem vielen, was zu kritisieren war und ist, aber die Prozesse müssen dann eben auch kritisiert wer-

dann muß die Diskussion über die Gewalt unter anderen Voraussetzungen neu beginnen. Sie muß sich darum drehen, wie die Linke selbst mit Gewalt umgeht. Die Vorgänge innerhalb der Volksbefreiungskräfte FPL im März/April 1983 haben einen nachhaltigen Schock ausgelöst.(...) Es ist spätestens nach diesem Mord in den eigenen Reihen unmöglich, mit dem Hinweis zur Tagesordnung überzugehen, daß diese Vorfälle an der Legitimität und Notwendigkeit der Revolution nichts änderten. Natürlich besteht die Notwendigkeit der Revolution auch nach diesen Vorfällen weiter, aber hier dreht es sich doch darum, daß im Namen dieser Revolution ein Verbrechen begangen worden ist, dessen Ursachen man diskutieren muß.

Das Problem ist, daß die Linke für den Frieden kämpfen muß, daß sie dem Zwang der Gewalt unterliegt, um die Gewalt des oligarchischen Regimes abzuschaffen.(...) In einer Situation, in der jeder das letzte einsetzt, um das große Ziel der Befreiung zu erreichen, kann jede «Abweichung» leicht als ein Schritt in den Abgrund, als Verrat am Gesamtziel erscheinen. Bettina Decke schreibt dazu in der Taz am 28.3.83: «Diese beiden Momente, die Inhumanität des Guerillakampfes und die Denkfigur des Verräters am absolut Guten, dürften die eigentlich strukturellen Ursachen politischer Morde unter Revolutionären sein. Wer sich der Guerilla anschließt oder sie unterstützt, wird sie in aller Schärfe und ohne Selbstgerechtigkeit zur Kenntnis nehmen müssen, um einen Beitrag zu leisten, der den politischen Mord verhindern könnte».(...)» Die FMLN:» Immer wieder muß sie die Frage diskutieren, auf welchem Weg sie zum «Sieg» kommt und ob diese Wege auch geeignet sind, die herrschende Gewalt zu beenden.»

Die Diskussion war also knapp 10 Jahre früher schon einmal weiter. Im FMLN hat sich die «Logik des Krieges» nicht im Sinne des Textes weiterentwickelt. Er ist einen anderen Weg gegangen, was daraus wird, wir hoffen das beste!

Gert Albartus Presente!

PIZ (Projekt interredaktionelle Zusammenarbeit bei Radio Dreyeckland) Freiburg



wir wollen Euch kurz eine neue Broschüre aus Hamburg vorstellen, die Artikel von Leuten aus der Hafenstraße und verschiedenen Leuten aus Initiativen und Einzelpersonen enthalten.

Die Doku geht auf die jetzige Situation im Hafen* ein, auf Umstrukturierungstendenzen in St. Pauli und Ansätze des Widerstands. Auf der Rückseite ist das Inhaltsverzeichnis.

Wenn Ihr Lust habt, könnt Ihr die Doku über den Hafenrandverein für selbstbestimmtes Leben und Wohnen in St. Pauli e.V., c/o GWA Hamburger Hochstr. 2, 2000 Hamburg 36, bestellen. Oder kommt Ihr sowieso demnächst mal in der Hermine oder im Schwarzmarkt vorbei? Da gibt's die Doku jedenfalls auch.

Also entweder bis bald oder schreibt mal.

Viele Grüße von einigen Leuten
aus Schwarzmarkt und Hafen

Die Dokumentation
heißt:

„einschnitt“

und
kostet

4,- DM

+ Porto

* (Hamburger Snack =
Hafenstraße)

Hafenstraße
Pinnasberg
Nachbarn
Kinder
St. Pauli
Süd



Zur Neubestimmung revolutionärer Politik

In der interim 191 wurde von den GenossInnen der Gruppe VERS eine ernsthafte Selbstkritik der RAF, die Umstände bisheriger Fehler sowie die konkrete gegenwärtige gesellschaftliche Situation analysiert, als Voraussetzung einer Neubestimmung revolutionärer Politik definiert. Eine solche Debatte muß unseres Erachtens u.a. auch eine Auseinandersetzung mit den Positionen anderer Guerilla-Organisationen und deren Gefangener beinhalten. Wir, die Gruppe Reim, stellen deshalb im folgenden Auszüge aus einem bereits drei Jahre alten Papier des "Kollektivs kommunistischer Gefangener *Wotta Sitta*" zur Diskussion. Das Alter des Papiers macht es nicht unaktuell. Denn in Italien war der bewaffnete Kampf nicht nur weiter entwickelt als in der BRD, sondern auch die Debatte über eine sog. "politische Lösung" begann dort früher als hier. Die Auszüge aus dem *Wotta Sitta*-Papier haben wir dem Heft vier der *Reihe - texte* - entnommen.

Wir denken, daß sich die Position der GenossInnen in folgender Hinsicht positiv von den jüngsten Erklärungen der RAF und der Gefangenen aus RAF und Widerstand abhebt:

- + + Sie erkennen, daß eine "politische Lösung" nur "die andere Seite der militärischen Lösung" ist.
- + + Sie leisten eine tatsächliche Selbstkritik der bisherigen Praxis der Roten Brigaden. Diese viel genauere Auseinandersetzung ermöglicht ihnen die Arbeit an einer revolutionären Neubestimmung, ohne militärische Mittel für die gegenwärtige Phase gänzlich zu verwerfen.
- + + Sie leisten (in dem Teil des Papiers, den wir hier aus Platzgründen nicht zur Diskussion stellen) eine weitaus differenziertere Analyse des gegenwärtigen Imperialismus und seiner inneren Widersprüche, als sie bisher durch die RAF mit ihrer platten Rede vom "imperialistischen Gesamtsystem" erfolgte (eine neue Sichtweise, die über eine bloße Negation der alten hinausgeht, ist auch in der jüngsten RAF-Erklärung nicht zu erkennen). Deshalb lohnt sich auch heute noch eine Auseinandersetzung mit dem 1986 auf dem Widerstandskongreß vorgelegten Papier "Für den Kommunismus" (s. die Dokumentation im Arbeiterkampf AK 270, 05.05.1986, S. 38 und 39).

Trotzdem ist nach unserer Meinung auch das Papier der italienischen GenossInnen nicht bereits die notwendige Neubestimmung revolutionärer Politik, son-

dern nur *ein* wichtiger Ausgangspunkt für eine Debatte, die unseres Erachtens nur um den Preis der völligen Auflösung selbst der letzten Reste der revolutionären Linken verdrängt bzw. verweigert werden kann.

Schwachpunkte, die wir bei dem Papier des Gefangenen-Kollektivs *Wotta Sitta* sehen, sind:

- + + Die GenossInnen ignorieren - genauso wie die RAF - die in den letzten Jahren geführte Diskussion über Patriarchat und Rassismus.
- + + Selbst die Überlegungen zum Klassenkampf (konkret: die Erkenntnis der Integration nahezu des gesamten Metropolen-Proletariats in den Imperialismus sowie die Aufhebung dieser Integration) sind bei weitem nicht hinreichend entwickelt.
- + + Auch der Militarismus ist unseres Erachtens nicht hinreichend überwunden, wenn die GenossInnen schreiben: "Die Einheit des Kampfes und des revolutionären Bewußtseins und der proletarischen Bewegung kann nur um die avantgardistische Initiative der Guerilla herum wiederhergestellt werden, (...)." Zur Bewältigung dieser *politischen* Aufgabe stellt sich unseres Erachtens vielmehr die Frage nach der legalen politischen Organisation.
- + + Die GenossInnen erkennen zwar (in dem nachfolgend nicht abgedruckten Teil) richtig: "Die kritische Analyse der kapitalistischen Wirtschaft und der imperialistischen Politik zur Handhabung der Krise kann nie die Schwelle bilden, von wo aus automatisch die Zwecke der revolutionären Initiative des Proletariats ausgehen." Trotzdem benötigen die Überlegungen der GenossInnen zum Verhältnis von Krise des Imperialismus und Krisenbewältigung durch den Imperialismus sowie revolutionärer Bewegung noch weitaus genauerer und differenzierterer Analysen.

"Was mich nun betrifft, so gebührt mir nicht das Verdienst, weder die Existenz der Klassen in der modernen Gesellschaft noch ihren Kampf unter sich entdeckt zu haben. (...). Was ich neu tat, war 1. nachzuweisen, daß die *Existenz der Klassen* bloß an bestimmte historische Entwicklungsphasen der Produktion gebunden ist; 2. daß der Klassenkampf notwendig zur *Diktatur des Proletariats* führt; 3. daß diese Diktatur selbst nur den Übergang zur *Aufhebung aller Klassen* und zu einer klassenlosen Gesellschaft bildet."

Karl Marx (MEW 28, 507/8)

Reim

Die Texte hierzu findet Ihr alle im Order

ZUM BRIEF DER RAF in der interim 189

ich finde es sehr gut, daß die genossInnen aus der raf jetzt etwas sagen. das haben alle gemeint, von denen ich gehört oder gelesen habe. und daß sie auch endlich mal außerhalb einer aktion sich äußern, grundlegend zu ihrer bestimmung. in dem brief ist aber für meine begriffe ~~am~~ einiges durcheinandergelangen und schwammig, und zwangsläufig läßt er raum für spekulationen: "wissen die nicht mehr ein noch aus?", "das ganze eine kapitulationserklärung?", "keine analyse mehr?", "das ende des bewaffneten kampfes in der brd?", "sieht aus, als hätten sie keinen bock mehr". in der vergangenheit wurde immer wieder vor allem der'avantgarde-anspruch' der raf kritisiert, daß sie angeben, wo es lang zu gehen hätte, und jetzt, wo sie sehr viel offen lassen und gerne mit vielen zusammen eine neue orientierung finden würden, sehen viele nur das ende.

für mich muß es jetzt auch erstmal so offen bleiben. wo sollte jetzt eine neue analyse und strategie hergezaubert werden? da stehen wir doch genauso wieder am anfang. es ist doch so, daß im widerstand auch schon lange gesagt wird, "gänzlich neue situation", "weltweit", "so wie bisher geht es nicht mehr weiter"; und es ist doch auch so: es ist nicht mehr auf das zurückzugreifen was war, weder analyse, noch kräfteverhältnis, noch weitergehende strategie und perspektive. fast alles müssen wir uns neu ansehen und angehen. klar, nicht gänzlich von vorne, denn natürlich geht es nicht darum unsere erfahrungen wegzuerwerfen, im gegenteil. also, wir müssen die diskussion an dem brief schon konkretisieren, und nicht einfach nur kommentieren, und sagen, daß uns das alles nicht reicht.

daß die genossInnen aus der raf jetzt die art ihrer politik in frage stellen, daran neu überlegen wollen und die form ihrer aktionen so wie bisher nicht mehr wollen, finde ich sehr gut. was sie zu einschätzungen und möglichkeiten zu politischen lösungen sagen, ist mir teilweise ein rätsel. ich finde es politisch wirklich gut, daß sie diesen brief auch jetzt und nicht später geschrieben haben, weil ich die wirkung, die er auf die sogenannte kinkel-initiative (eigentlich blöde, das so zu nennen) hat, wichtig finde. da macht die geschichte ihres widerstandes, das was sie jetzt in die welt schale werfen, auch gewicht.

was mir nicht gefällt, fehlt an ihrem/eurem brief:

ihr schreibt, "der zusammenbruch der sozialistischen staaten, der seine ursache wesentlich in den im inneren ungelösten widersprüchen hatte, hat katastrophale auswirkungen für millionen menschen weltweit und hat alle, die rund um den globus kämpfen, auf sich selbst zurückgeworfen." klar, das stimmt. trotzdem, der ablauf des zusammenbruchs und die vereinnahmung der brd durch die brd, und das massenhafte und offene auftreten von faschisten in der ex-dar heute, zeigen doch auch wie stark freie kommunikation und entwicklung dort früher unterdrückt wurde. unterdrückt durch bükratie und totale kontrolle der gesellschaft und dadrin die staatliche verordnung von antifaschismus und internationalismus, was alles in allem starre und auch verlogene gesellschaftliche strukturen produzierte. das war doch auch beschissen für millionen von menschen. damit will ich nicht einen millimeter die verantwortung der länder des westens, der weltbank, des iwf und auch der brd im besonderen, für die verbrechen an den ehemals real sozialistischen ländern- damals schon und heute noch viel umfassender- schmälern. aber so, wie der sozialismus in diesen ländern geprägt und eingefroren war, so hätte es doch auch nicht weitergehen können., so hatte er doch auch gar keine perspektive mehr.

im übernächsten absatz sagt ihr: "das haben viele genossInnen aus dem trikont in die diskussionen eingebracht und sie haben dort anfänge einer ganz neuen politik gefunden und umgesetzt...." was meint ihr damit genauer, und besonders: " - das weruen wir hier auch. darin sind wir mit ihnen verbunden," und, in eurem brief taucht immer wieder der begriff "politischer raum" auf. ~~was~~ sagt doch mal genauer, wie ihr das meint.

ihr schreibt euren brief "an alle, die auf der suche nach wegen sind, wie menschenwürdiges leben hier und weltweit, an ganz konkreten fragen organisiert und durchgesetzt werden kann. " warum ist dann in diesem brief ein angebot an den staat enthalten? (es ist ein angebot auch wenn ihr es nicht ausdrücklich sagt) . warum habt ihr das nicht getrennt? und dann der wink an die unternehmerseite, den finde ich wirklich sehr unnötig. und: "...daß sich auf seiten des staates wirklich eine andere haltung durchzusetzen beginnt." ...setzt sich im apparat die fraktion durch, die ... ". diese fraktion ist doch an diesem punkt der auseinanderetzung (die situation der politischen gefangenen), auch nur einsichtig aus taktischen erwägungen.

erwägungen, die sicher nicht in ihrer moral oder menschlichkeit zu suchen sind, wofür es doch täglich unendlich viele beispiele gibt. einer der gründe hier nachzugeben sind bestimmt die aktionen, weil die unternehmerfraktion nach herrhausen und roh-wedder natürlich angst hat vor weiteren angriffen dieser art, ~~und der wunsch davon befreit zu werden ging ein in die initiative von kinkel. ein weiterer grund ist sicher ihr wunsch nach befriedung aller teile des widerstandes, denn sie wissen natürlich, wie wichtig euch und uns die gefangenen sind.~~

jetzt zu eurem schluß, wo nochmal was, was in eurem brief zentral ist, wieder verschwimmt. ihr sagt, ihr wollt einen gemeinsamen prozess mit uns/vielen. ihr begründet politisch, daß ihr deshalb eine diskussions und denkpause einlegen, und eure aktionen vorerst einstellen wollt. ihr begründet weiter, warum ihr eure strategischen, aber trotzdem einsam gebliebenen angriffe gegen hohe schweine so nicht mehr wollt. dann aber droht ihr am ende ihnen bzw. "ihren eliten", doch wieder mit der auslöschung ihres lebens, wenn sie die gefangenen bzw. ~~unfähig leben lassen wollen.~~ klar, eine legitimation hätte das immer bei der weltweiten massiven zerstörung von leben und lebensgrundlagen. aber was ist da nun eigentlich wie gemeint? da beißt sich die katze doch in den schwanz, wo ihr einerseits etwas ganz klar aus politischen gründen und aus einer kritik heraus nicht mehr wollt, aber dass dann gleichzeitig wieder als druckmittel gegen sie bzw. "ihre eliten" einsetzt. das finde ich nicht gut. denn dieser von euch gewollte, gemeinsame und gleichberechtigte prozess müßte doch auch eine palette von neuen, vielfältigen und abgestimmten politischen druckmitteln produzieren. vor allem unsere situation im widerstand muß sich (sowieso) verändern, denn so vereinzelt, in kleingruppchen und nebeneinanderher geht ja nix richtig weiter. ~~und, als theoretischen diskussionsprozess um eine neue strategie o.ä., kann ich mir gemeinsame entwicklungen vorstellen, und wie soll das gehen?~~ schwer

es stimmt, seit 89 hatte ~~es~~ sich etwas verändert an eurer politischen bestimmung. es waren neue ansätze und aussagen in dem was ihr seit dem geschrieben habt, aber, eure aktionen sind -bis auf die eine im golfkrieg- immer die gleichen geblieben. deshalb war es schwer es als neue politik zu erkennen, weil doch die aktionen bei euch auch alles andere ganz stark getragen haben. so gesehen hat an der neuen bestimmung seit 89 wie ihr sagt, doch etwas ganz wesentliches gefehlt. ich würde mir da eine andere art von aktionen wünschen. aktionen, die konkrete forderungen konkret unterstützen, für selbstbestimmte projekte, für das bleiberecht der menschen aus dem trikont, zum schutz von völkern und bewegungen, die die herrschenden hier am liebsten vergessen würden, gegen die zerstörung der umwelt/lebensgrundlagen, zusammen mit uns allen! darum müssen wir jetzt diskutieren, alle. es stimmt, es war eine phase von großer bedeutung, daß sich die illegal und bewaffnet kämpfenden gruppen hier als existent, als teil unserer gesellschaft durchgesetzt haben. für jetzt würde ich mir eine phase wünschen, die uns zusammenführt - und da geht es natürlich um uns, den widerstand, denn sonst gibt es auch nichts zum zusammenkommen, und alles würde beim alten bleiben. die ganzen diskussionen über den brief und auch den beirat der rz, müßten dazu führen, daß wir uns gegenseitig vielmehr mitdenken, ihr und wir auch gut, vielleicht sind das dann erstmal nur kleine bröckchen, die dabei rauskommen, kann sein, aber trotzdem, reale errungenschaften, das wollen wir doch auch, so wie jetzt bei den politischen gefangenen.

vielen fand ich gut und anregend zum überlegen in den beiträgen zu dem brief, besonders von pepone. ich selbst sehe manches anders, aber ich hoffe, daß es noch weitergeht mit der diskussion, und sich noch viele dazu äußern. es ist schon spannend zu sehen, wie unterschiedlich wir den brief verstehen, und es wäre gut, wenn die genossinnen aus der raf auch nochmal was dazu sagen. was mir nicht aus dem konf geht, im ersten diskussionsbeitrag, interim 190 seite 10, "eure erklärung ist ein schleichtendes gift" das ist einfach daneben und unsolidarisch. und im beirat danach auf seite 13, mittlere spalte, etwa in der mitte: "... allen grund, uns zumindest rein materiell vor eum zu fürchten, was kommt, wenn der trikont den 'durchbruch für befreiung' schafft." das ist doch genau die argumentation der herrschenden.

wilma

fragen in den "offenen raum"

liebe genossinnen und genossen,

die folgenden ansätze, fragen und kritikpunkte zu eurer erklärung stammen aus einer diskussion einiger frauen und männer, die sich als teil des radikalen linken widerstandes in der brd begreifen. die diskussion unter uns über euren text hat erst angefangen, daher können wir hier auch eher unsere fragen und bauchschmerzen formulieren, als antworten. wir verstehen uns und euch als verschiedene teile eines kampfes, die auseinandersetzung mit raf und bewaffnetem widerstand dauert bei uns unterschiedlich lange und ist auch von unterschiedlichen gefühlen geprägt. einige von uns haben angefangen sich mit euch und dem bewaffneten kampf über die gefangenen auseinandersetzen, andere eher aus einem gefühl der grundsätzlichen zusammengehörigkeit. unsere unterschiedlichen gefühle und die unterschiedliche wichtigkeit eures kampfes für die entwicklung einer/eines jeder/n von uns, haben auch unsere diskussion geprägt.

Wie viele andere auch, kauen wir schwer an den fragen der momentanen widerstandsformen und unserer eigenen schwäche. wir kauen auch schwer an eurer erklärung. inhaltlich-politisch an dem text zu reden ist schon durch seine schwammigkeit schwer. fragen, die wir stellen, stellt ihr nicht. fragen, die ihr stellt, stellt ihr der "staatlichen seite": wie sie sich verhalten wird. deshalb sind wir uns noch nicht mal sicher, ob der text überhaupt an uns gerichtet ist. den schritt, den bewaffneten kampf in der jetzigen situation auszusetzen, begründet ihr nicht politisch.

durch die vermengung mit der kinkerei hat es fast den anschein, als wolltet ihr einen deal mit dem staat machen. "den raum aufmachen" klingt nach der hoffnung auf faire verhandlungen mit denen, die nur eure köpfe wollen. welche anzeichen seht ihr dafür, "daß sich auf seiten des staates eine andere haltung durchzusetzen beginnt"? das verhältnis dieses staates gegenüber radikalem (=an die wurzel gehenden!) widerstand ist immer eines, das auf vernichtung abzielt. ihr schreibt völlig richtig "von allein werden sie an keinem punkt zurückweichen, dafür wird immer gesellschaftlicher druck und kämpfe notwendig sein". aber auf die frage des wie? geht ihr dann nicht ein, dabei ist genau das der punkt.

eure analyse der gegenwärtigen situation (gesellschaftliche bedingungen in der brd, weltweit) und daraus folgende widerstandsformen bleibt auf einer so oberflächlichen ebene, daß uns eure erklärung keine möglichkeit gibt, weiter mit ihr zu arbeiten, zu denken, zu gehen. ein bezug zu eurer eigenen geschichte und zur geschichte der brd fehlt völlig. ihr setzt euch trotz der möglichen tragweite eures schrittes nicht zur geschichte des bewaffneten kampfes ins verhältnis. es reicht auch nicht, in ein, zwei sätzen von "zusammenbruch der sozialistischen staaten" und der schwäche der internationalen befreiungskämpfe zu schreiben - und die frage nach den gründen des fehlens unserer anziehungskraft auf die menschen hier kann unmöglich mit "aus den verschiedensten gründen" beantwortet werden. mit der erklärung können wir nicht das "wie weiter" diskutieren, sondern eher "warum machen die das jetzt", "was soll die vermengung mit kinkel?" und: wo holt ihr die hoffnung auf einen gerechten staat her? aber auch selbst diese fragen werden nicht mal im ansatz beantwortet. für uns ist es wichtig, weiter an der frage des bewaffneten kampfes zu diskutieren. dafür seid gerade auch ihr wichtig, und wir hoffen, daß von euch noch mehr kommt. entwicklung der guerilla, -(über)leben in der illegalität und effektiv weiterkämpfen. und überhaupt, wie es euch geht.

gesellschaften, und weltweit imperialistischer zerstörung und ein verleugnen der tatsache, daß ein leben in würde und freiheit für uns wie für alle menschen nur gegen diese herrschenden nachstrukturen zu organisieren und durchzukämpfen ist, wird es von mir nicht geben. über meine politischen orientierungen oder gar den aufbau eines neuen revolutionären prozesses auf dem hintergrund unserer erfahrungen der letzten, jetzt zu einem abschluss gekommenen kampfhase, werde ich ausschließllich mit den menschen diskutieren, mit denen ich zusammen weitergehen will, aber mit keinem büttel des staatsapparats und mit keinem gericht. sich auf ihre inquisitorischen fragen einzulassen, bedeutet ihre kriminalisierungs- und entpolitiserungsstrategie gegen uns zu akzeptieren: als ob sich unser widerstand und unsere sehnst nach einem selbstbestimmten leben, ohne rassistische und sexistische unterdrückung, ohne die kapitalistische zurichtung jeder, von uns für die profintressen einer systems, das über die leichen derjenigen geht, die als dysfunktional und nicht verwertbar erklärt werden - auf die wehl unserer mittel reduzierten liebe. als würden wir nicht in einer realität leben, die nach veränderung schreit. das wäre einfach nur noch absurd.

21 jahre vernichtungshaft gegen politische gefangene, in denen jede noch so kleine verbesserung der haftbedingungen hart empfunden werden mußte; haftunfähige gefangene wie jünger und bernd, die sie seit 15,17 jahren in der isohaft foltern und trotzdem nicht brechen konnten. obwohl sie genau wissen, daß ihr vernichtungsprogramm gegen uns gescheitert ist, obwohl inzwischen auch teile des apparats nicht mehr länger die offensichtlichen tatsachen verlügen können, daß es haftunfähige gefangene gibt und es jetzt endlich um eine politische lösung für uns alle gehen muß, und anfangen von "normalisierung" und "gleichbehandlung" zu reden, hat sich bisher für uns materiell nichts verändert. im gegenteil, für einige von uns hat sich die situation in den letzten monaten eher noch verschärft. und sie besitzen weiterhin den zynismus, selbst noch von schwerkranken gefangenen als bedingung für eine freilassung ihre unterwerfung erpressen zu wollen.

was sie unter "normalisierung" verstehen, sieht z.b. bei mir so aus:
- die ersten sechs monate eine fast totale isolation, um meine "zusammenarbeit" mit der knastärztin zu erzwingen, trotz der absehbaren konsequenzen, die das für mich haben mußte und auch hatte
- trotz meiner krankheit und meiner klaren forderung, mit menschen meines vertrauens und d.h. hier im knast konkret mit eva, siggi und gabi auf einer station zusammengelegt zu werden, gibt es einen inzwischen auch vom olg fm bestätigten trennungsbefehl zwischen mir und den drei anderen: wir sind in verschiedenen häusern, haben keinen gemeinsamen hofgang und ich komme in keinen freizeitkurs rein, in dem eine der drei genossinnen ist
- besuchsverbote, die wie alles hier mit ihrem vollzugsziel begründet werden: mich "durch geeignete maßnahmen zu einer abkehr von linksradikalen bzw. terroristischen umfeld zu bewegen"
- monatelanger kampf um die durchsetzung der für mich dringend notwendigen regulären untersuchungen
- martialisches sek-sufgebot bei meinen arztansführungen: da verdienen schon mal ganze klinikbereiche manöverartig besetzt, wie anfang februar bei den augenuntersuchungen, und mir insgesamt bedingungen aufzuerzwingen, unter denen jede angemessene und vertrauliche untersuchung verhindert wird, obwohl sie sehr genau wissen, daß sich meine krankheitssymptome unter starker stressbelastung akut verschärfen können
- politische zensur, eine nur noch als willkürlich zu bezeichnende anwalterpraxis und damit verhinderung jeder kontinuierlichen politischen kommunikation usw.
das ist teil ihrer normalität, ihres alltäglichen terrors. gegen jede, n von uns.

mit 112 jahre rast haben bei mir deutliche spuren hinterlassen: ein behandelnder arzt zusammenfassend feststellt, daß ich mich in einem psycho-physischen erschöpfungszustand befinde und sich die derzeitige isolationshalt ungünstig auf das krankheitsgeschehen auswirkt, so spüre ich hier jeden tag, was das heißt. nach jeder körperlichen, aber vor allem psychischen belastung, nach jeder konfrontation manchmal tagelang gar wochenlange schwächeanfälle, zugeschwollene augen, schmerzen und so starke sehstörungen, daß lesen zur qual wird. ich merke, wie mein körper anfängt zu streiken und es gibt unter diesen bedingungen nur wenig möglichkeiten, dagegen etwas zu tun. schlimmer noch: bedingt durch meine krankheit eine starke, letztlich für mich selbst unkontrollierbare erregbarkeit in den momenten, wenn hier auseinandersetzen anfangen zu eskalieren, als wäre ich dabei wie ein luftballon zu zerylatzen und bin dann nur noch unter großer willensanstrengung, in der lage, nicht völlig auszurasen - aber das auch nicht inner. so was kann hier drinnen verdammt schnell gefährlich werden und sich sofort gegen mich richten. ein grund, warum ich sage, ich muß bis zu meiner freilassung als mindestbedingung sofort mit eva, siggi und gabi zusammen auf eine station, weil ich natürlich die auseinandersetzung mit ihnen existenziell brauche, aber eben auch als schutz für mich. dazu kommen all diese typischen knastfolgen, die jeder von uns mehr oder weniger kennt, die sich aber bei mir in viel kürzerer zeit potenzieren, weil ich sowieso schon stark geschwächt bin:
inzwischen sehr starke konzentrationsstörungen, wenn sich die mauern im kopf verdichten und nur noch leere bleibt, wenn ich am ende eines satzes den anfang schon wieder vergessen habe oder wenn ich tagelang für einen brief brauche....wasser in den beinen und öfters schwellungen im gesicht, an den händen und armen....durchblutungsstörungen und fast ständig, sogar im sommer, biae hände und füße....schwere kreislaufstörungen, immer wieder übelkeit, erbrechen, schwindel und eine unendlich große müdigkeit....außerdem noch die kleineren auswirkungen meiner krankheit: starke wärmeempfindlichkeit, ständiges schwitzen, regelmäßige durchfallphasen. das geht so nicht mehr länger weiter.

April 1992

Isabel Jacob
Obere Kreuzäckergasse 4
JVA III
6000 Frankfurt / Main
Preungesheim

Unterdrückung und Verfolgung in Syrien

**Diskussionsveranstaltung im Haus der Demokratie
Donnerstag, 21. Mai 1992, Großer Saal, 18.00 Uhr**

Syrien wird von dem Regime des Hafiz al-Assad regiert. Es ist eines der blutigsten im Nahen Osten. Arabische und internationale Menschenrechtsorganisationen werfen dem Regime massive Menschenrechtsverletzungen vor, deren Ausmaß mit denen des irakischen Regimes vergleichbar ist. Laut Amnesty International und der syrischen Menschenrechtsorganisation CDF (Comités de défense de libertés démocratiques et des droits de l'homme en Syrie) gibt es in dem arabischen Land, wo seit 1963 ununterbrochen der Ausnahmezustand herrscht, annähernd 10.000 politische Gefangene. Die meisten von ihnen sitzen seit zehn Jahren ohne ein ordentliches Gerichtsverfahren im Gefängnis.

In den Gefängnissen und Haftzentren der 15 syrischen Geheimdienste wird systematisch gefoltert. Im Februar dieses Jahres jährte sich die Niederwerfung des Aufstandes der Muslimbrüder in Hama. Die ganze Stadt wurde 1982 in Schutt und Asche gelegt, die Zahl der Opfer schwankt nach unterschiedlichen Angaben zwischen 10.000 und 40.000 Menschen. In den Gefängnissen von Aleppo kam es ebenfalls zu Massenexekutionen an politischen Gefangenen.

Doch im Unterschied zum irakischen Regime, über dessen Verbrechen sich nach dem irakischen Einmarsch in Kuwait die ganze Welt empörte, auch jene Staaten, die Saddams Irak vorher jahrelang unterstützt hatten, wurde Syrien als Mitglied der Golfkriegsallianz zum Partner des Westens. Der Preis für die syrische Beteiligung am Waffengang war die Duldung der schleichenden Annexion des Libanon, manifestiert durch knebelnde Abkommen, die die demokratischen Rechte und politischen Freiheiten der Libanesen syrischen Geheimdiensten unterwerfen.

Auch nach dem gemeinsamen Waffengang am Golf gehen Repression und Menschenrechtsverletzungen in Syrien weiter. Am 18. Dezember 1991 wurden der Rechtsanwalt Aktham Nouaisseh, ein führendes Mitglied der CDF, und andere Menschenrechtsaktivisten verhaftet und schwer gefoltert. Ein Sondergericht hat Aktham Nouaisseh im März dieses Jahres zu neun Jahren Gefängnis mit schwerer Arbeit verurteilt, andere sind zu Haftstrafen zwischen 3 und 10 Jahren verurteilt worden.

Die USA und Westeuropa, die im Namen der Menschenrechte den Krieg am Golf geführt haben, schweigen beharrlich zu den Verhältnissen in Syrien. Ebenso die Bundesrepublik, die wie die ehemalige DDR vielfältige Beziehungen zu Assads Regime unterhält.

Vor dem Hintergrund der anhaltenden Repressionswelle in Syrien planen wir als Teil einer Kampagne für die inhaftierten Menschenrechtsaktivisten eine größere öffentliche Diskussionsveranstaltung in Berlin. Vorgesehen sind Beiträge zu der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung in Syrien, zum Stand der deutsch-syrischen Beziehungen, zur Menschenrechtssituation und zur Situation der kurdischen Minderheit in Syrien.

Um die Situation in Syrien publik zu machen und damit einen Beitrag zur Diskussion über den Golfkrieg und seine Ergebnisse zu leisten, halten wir es für wichtig, daß möglichst viele politische Kräfte diese Veranstaltung unterstützen und einen Aufruf mitunterschreiben.

Wird unterstützt von:

Amnesty International, BÜNDNIS 90, Flüchtlings- und ImmigrantInnenbereich der AL, Inprekorr, Internationale Liga für Menschenrechte, Medico International, PDS-Fraktion im Abgeordnetenhaus

Tecumseh

Warum Schlager manchmal die Wahrheit sagen –

Eine Nachbemerkung zu Heinz Schenk

Im Herbst 1991 tritt Heinz Schenk (als Pseudonym einer politischen Gruppe) mit zwei in der »INTERIM« veröffentlichten Papieren eine lebhaftige Debatte über die Zukunft der Autonomen los. Offensichtlich trifft er mit seinen populistischen und persönlichen Erlebnissen eingefärbten Texten ziemlich genau die Gemüts- und Problemlage eines Teils der Berliner Autonomen, die als ein diffuses Unbehagen mit dem Zustand der Szene und Bewegung beschreibbar ist. Diese Kritik wird aber meist auf der Ebene persönlicher Probleme und Entfremdungen formuliert; und sehr selten kommt es vor, daß sie politisch auf den Begriff gebracht und in einen Zusammenhang mit den gesellschaftlichen Umwälzungen der letzten zwei Jahre gestellt wird. Dies gelingt erstmals den Texten von Heinz Schenk, die deshalb von vielen heftigst diskutiert werden. Dabei geht es weniger darum, ob mensch allem zustimmt, sondern daß die aufgeworfenen Fragen als befreiend erlebt werden: Sind die Autonomen, bzw. ihre Vorstellung einer »Selbstorganisation von Unten« noch die adäquate sozialrevolutionäre Antwort auf die Verhältnisse der 90er Jahre? Oder haben sie sich nicht selbst überlebt und sind eine Politsekte geworden, zwar mit lebhaftem Vereinsleben, aber gesamtgesellschaftlich bedeutungslos? Und gilt es nicht, eine für andere Menschen offenere Politik zu machen, eine inhaltliche Plattform zu entwickeln und auf dieser aufbauend zu einer zielgerichteteren Politik zu kommen?

In den folgenden Wochen erscheinen mehrere Texte zum Thema in der »INTERIM«. Die Vehemenz, mit der auf Heinz Schenk reagiert wird, erklärt sich daraus, daß er eine seit Jahren akzeptierte Grenze überschreitet: er äußert seine Kritik nicht mehr als »interne« und ist um Verbesserungen bemüht (wie z.B. die Texte von Lupus), sondern er bezeichnet die Autonomen als »strukturell nicht reformierbar« und zieht daraus Konsequenzen: er erklärt seinen Austritt aus den Autonomen. Mensch kann darüber zwar lachen und sich an der formalen Unmöglichkeit eines Austritts hochziehen, oder sich an weiteren Ungereimtheiten der Texte abarbeiten, doch dies geht am Kern der aufgeworfenen Fragen vorbei.

Inzwischen haben weitere Stars aus Funk und Fernsehen, die sich in der »INTERIM« zu Wort meldeten, zusammen mit Heinz Schenk die Gruppe »f.e.l.s.« (für eine linke Strömung) gebildet. Diese Gruppe möchte öffentlich erreichbar Politik machen (d.h. mit bekannter Adresse und offenem Plenumstermin) und sich in den nächsten Monaten den aufgeworfenen Fragen durch mehrere Seminare zu Themen wie »Spontaneismus«, »Luxemburg und Lenin«, »Linke Organisationsmodelle in anderen Ländern«, etc. nähern.

Trotz aller Sympathie liegen mir einige Bemerkungen zu den Texten auf der Zunge, besonders zu den Teilen, in denen Heinz Schenk das politische Verhalten der Autonomen kritisiert. Da landet er zugegebenermaßen einige polemische Volltreffer, aber er schießt oft auch voll am Problem vorbei, da auch »fälsche« Verhaltensweisen Konsequenzen »richtiger« Erfahrungen sind. Zum Beispiel ist die häufig kritisierte Abschottung unter anderem ein Produkt des unsichtbaren und unausgesprochenen Drucks durch Staatsschutz und deren Spitzel. Geht es nicht eher darum, diese Probleme genauer zu benennen und andere Antworten und Umgangsweisen als die aktuell gehandhabten – und offensichtlich in Sackgassen führende – zu finden?

So fordert er zwar einerseits eine (autonome) Geschichtsaufarbeitung der letzten 150 Jahre sozialrevolutionärer Kämpfe, aber andererseits werden in einem oberflächlichen Tonfall allerlei geschichtliche Ereignisse der letzten 25 Jahre abgehakt und eben nicht die Probleme rausgearbeitet. Ein paar weitere Beispiele:

»Es existiere schlicht kein Forum, um Erfahrungen jenseits von Manöverkritik diskutieren zu können« – und was ist mit der »INTERIM« und anderen Infoblättern, in denen ja auch die Texte von Heinz Schenk veröffentlicht werden? Das Problem ist doch vielmehr, daß kaum jemand solche Beiträge schreibt und nicht das fehlende Forum. Oder: es gibt sehr wohl autonome Gesellschaftsanalysen (»Mit den Revolutionären Zellen ins postfordistische Zeitalter«, abgedruckt in der »INTERIM« Nr. 82, oder die Hefte der »Autonomie – Neue Folge«), aber – und da wird die Kritik richtig – das Ergebnis (zum Beispiel beim Postfordismustext Anschlagspolitik) steht schon von Anfang an fest und wird nur noch ummantelt, obwohl mensch aus dem im Text Gesagten auch ganz andere Schlußfolgerungen ziehen könnte.

Und waren die Autonomen nicht schon immer gesamtgesellschaftlich betrachtet der »bewaffnete Arm der Grünen«, und nicht erst '86? Beziehungsweise kann mensch das nicht auch andersrum beschreiben: starke soziale Bewegungen von unten werden immer am Rand des institutionellen Spektrums einen Transmissionsriemen finden, der versucht, das Anliegen in institutionelle Bahnen zu lenken? Die Kritik wird da richtig, wo dies zu einem Aufgesogenwerden wird

mensch dabei nur über den Tisch gezogen wird. Die Medien den Diskurs bestimmen (»was sagt ihr zur Gewaltfrage?«) und Inhalte meist auf der Strecke bleiben. Oder daß auf Demos, zu denen in einem breiten Bündnis aufgerufen und mit viel Aufwand bevölkerungsnah mobilisiert wird, eben auch nicht mehr Menschen kommen als wenn mensch nur im eigenen Sumpf mobilisiert. Sind das nicht objektive soziale Grenzen, die durch noch so viele Purzelbäume erstmal nicht niederzureißen sind? Noch ein Beispiel aus dem Öffentlichkeitsbereich: warum ist die verkaufte Auflage der wirklich nur als »internes Vereinsmitteilungsblatt« aufgemachten »INTERIM« deutlich höher als die auf die gesamte Linke ausgerichtete »spektrumsübergreifende« und bewußt bevölkerungsnah aufgemachte »ProWo«?

So ersetzt Heinz Schenk den von ihm kritisierten autonomen Subjektivismus durch einen eigenen. Ist das Problem nicht vielmehr, daß wir mit unserem Anliegen aufgrund der gesellschaftlichen Bedingungen und sozialen Verhältnisse einfach scheitern müssen, unabhängig von unserem Willen und Anstrengungen. Da reicht es einfach nicht, nur zu beschreiben, warum die Autonomen in keinem Spannungsverhältnis zur Gesellschaft mehr liegen, sondern die spannende Frage ist: Was folgt daraus?

Übrigens – als letzte Bemerkung – es stört mich immer wieder, daß oft mit einem Begriff der »Linken« völlig unhinterfragt gearbeitet, eingemeindet und argumentiert wird. Wer ist das? Wer gehört dazu, wer nicht mehr?

Trotzdem sind meine kritischen Anmerkungen eher nebensächlich, den ich hoffe, daß Heinz Schenk – bzw. »f.e.l.s.« – eine große Bedeutung erlangt. Dadurch, daß bewußt als Alternative zu den autonomen Politauffassungen aufgetreten wird, kann eine enorm belebende Funktion von ihnen ausgehen. Denn sollte es ihnen – oder anderen Gruppen, die an diesen Fragen am Experimentieren sind – gelingen, ein praktisches Organisationsmodell in die Tat umzusetzen, können sich die Autonomen nicht mehr auf der bequemen Position ausruhen, daß sie die einzige sozialrevolutionäre Kraft in der BRD sind und es zu ihnen einfach keine Alternative gibt. Aus diesem Wettstreit kann sich ein produktiver Prozess entwickeln, der neben einer Aufarbeitung der Kämpfe der letzten Jahrzehnte zu einer Neuorientierung der sozialrevolutionären Gruppen in der BRD auf die Gesellschaft zu führt, egal ob sie sich nun Autonome, Heinz Schenk oder Plumpaquatsch nennen.

Berlin, im Februar 1992

aus:

Geronimo u.a.

Feuer und Flamme 2

Kritiken, Reflexionen und Anmerkungen
zur Lage der Autonomen

Edition ID-Archiv

Berlin – Amsterdam

und dies auf die fehlenden eigenen »konkreten Konzepte« zurückzuführen ist. Die AL wurde parallel – und nicht gegen – zur HausbesetzerInnenbewegung 80/81 stark.

Heinz Schenk macht sich sehr wenig Mühe rauszuarbeiten, was das autonome Politikkonzept eigentlich ist, sondern er drischt immer auf die schwächsten Punkte ein. Daß 1980 der »Subjektivismus« genau die Stärke der Autonomen ausmachte, nämlich nicht mehr auf gesellschaftliche Bedingungen zu schauen, sondern im »Hier und Jetzt« zu leben und zu tun, was mensch für richtig hält, wird übersehen. Nur so entstand die Dynamik der Hausbesetzungen. Auch kann mensch immer die Schattenseiten von subkulturellem Verhalten (Uniformzwang, Anpassungsdruck, etc.) betonen, aber es macht(e) die gesellschaftliche Stärke der Autonomen aus, daß »ihre« Musik (z.B. »Fehlfarben«) nicht nur auf jeder Demo tönte, sondern auch in den Charts ganz vorne war. Gescheitert ist diese Politik an ihren realen sozialen Grenzen. In Berlin waren einfach nur ca. 3.000 – 5.000 Menschen bereit, diese radikale Einheit von Politik und Leben zu leben und sich von unten selbst zu organisieren, der Rest (eine Million, neunhundertfünftausend) deligierte weiter Politik an Parteien und Gewerkschaften. Dies gilt auch für spätere Zeiten: Heinz Schenk tut immer so, als hätten die Autonomen nur ihre Politik ändern müssen und schon wäre das »Ergebnis nicht gleich null« gewesen. Alle anderen linken Gruppierungen (z.B. KB, »Radikale Linke«, PDS) haben in diesen Jahren noch ganz andere Bauch- und Bruchlandungen gemacht. Auch bei der Kritik am »neuen Antimperialismus« werden sich die Punkte rausgesucht, bei denen sich die VordenkerInnen ideologisch verrennen. Aber zum wesentlichen Inhalt, nämlich sich nicht mehr auf nationale Befreiungsbewegungen, sondern auf die unorganisierten Menschen und Sozialprozesse im Trikont zu beziehen, wird nichts gesagt. Dazu haben die Hefte der »Autonomie – Neue Folge« und später der »Materialien« doch sehr inhaltsreiche Arbeit geleistet. Das dies so nicht ausreicht, ist unbestritten.

Und das alle Probleme »eine Folge der fehlenden Organisationsdebatte« sein sollen muß schon ein wenig begründet werden. Was Heinz Schenk da macht, sind nur Wortverknüpfungen und unbegründete Kausalitäten. Denn eine Organisationsdebatte führen die Autonomen schon seit mindestens fünf Jahren, nur gelangen ihre Versuche außer auf der tagespolitischen und themenbezogenen Ebene nie. Allerdings könnte auch das Entstehen von über zehn lokalen Infoblättern als Organisierung gesehen werden, nur eben auf einer realeren Ebene als die einer politischen Organisation.

Viel zu wenig wird die Frage gestellt, was sind subjektive Unvermögen und Fehler der Autonomen, und was sind objektive Ummöglichkeiten. Da wird als

Beispiel die Öffentlichkeitsarbeit der Anti-Olympia-Kampagne gebracht, bei der sicher einiges falsch gelaufen ist. Aber ist es nicht eine jahrelange Erfahrung von autonomen GenossInnen, die immer wieder Pressearbeit versucht haben, daß

REDEBEITRAG vor der PLÖTZE

16.5.92

wir machen die kundgebung,

weil wir gerade in letzter zeit mitkriegen, das die haftbedingungen immer mehr verschärft werden.

weil wir denken, das der infoaustausch unter euch nicht immer so gut funktioniert, wollen wir mal erzählen, was wir so mitgekriegt haben.

Die infos , die wir haben, kommen fast alle aus dem btm-haus. die meisten (oder alle?) der verbesserungen, die im hungerstreik 89 von den frauen in der plötze erkämpft worden sind, sind schon seit längerer zeit wieder rückgängig gemacht worden, bzw. es sind noch neue verschärfungen eingeführt worden.

z.b. werden bei den btm-gefangenen wieder sämtliche briebe kontrolliert, statt der damals erkämpften 10%igen stichproben.

seit etwa einem jahr werden alle telefongespräche, die frauen nach draußen führen, abgehört.

das sogenannte kommunukationszentrum, in dem sich frauen aus verschiedenen häusern treffen konnten, ist seit längerem geschlossen.

bis vor ca. 1 jahr gab es die sogenannte "problemzelle", in der sich eine frau mit einer anderen frau ihres vertrauens nachts zusammenschließen lassen konnte - dann wurde diese einrichtung abgeschafft, mit der begründung, das dort gemeinsam drogen konsumiert würden.

ein weiterer eingriff in die intimsphäre der frauen ist die einstellung von männlichen schließern in der plötze. dazu ein zitat aus einem brief:

"seit mehreren monaten arbeiten bei uns männliche beamte. diese halten es nicht für nötig, beim zellenaufschluß anzuklopfen. um uns vor dem direkten einblick in unsere zelle zu schützen, haben wir z.b. ein tuch als vorhang benutzt. oder unsere schranktür geöffnet, verbunden mit der geöffneten toilettentür, somit den direkten zellen einblick verwehrt als schutz unserer intimsphäre.

mehrere beschwerden an den anstaltsleiter blieben ergebnislos und als nicht zutreffend dargestellt.

eine änderung diesbezüglich ist bis heute noch nicht eingetreten." und weiter:

"wir haben den anstaltsleiter herrn höflich aufgefordert, mit uns über unsere miesen haftbedingungen zu sprechen. es fand ein gespräch statt, wo wir ihm konkret sagten, was uns stinkt. jedoch änderte sich nichts an unserer haftsituation. er äußerte sich wortwörtlich, das er sich nicht in die stationsregeln (zellengestaltung sowie handlungsweise der sozialarbeiterinnen und beamten) einmischt. er befürwortet höchstens noch, wie die sozialarbeiterin und die beamten mit uns verfahren."

es fanden aber nicht nur gespräche statt, sondern auch direkte aktionen gegen die verschlechterungen.

so wurden z.b. ende letzten jahres bei allen frauen einer station in deren abwesenheit tücher, poster und pflanzen aus den zellen entfernt

- als begründung wurde auf die brandschutzverordnung hingewiesen.

die frauen reagierten darauf, indem sie alles bewegliche mobilien aus den zellen auf den gang schmissen.

doch der widerstand läuft meistens noch viel zu vereinzelt ab, oft werden nur stationsbezogene forderungen gestellt. effektiver widerstand kann aber nur von möglichst vielen frauen gemeinsam geleistet werden.

dazu ist es notwendig, dass forderungen gestellt werden, die über die persönlichen interessen einzelner hinausgehen; das heißt auch, dass es mehr auseinandersetzungen zwischen den einzelnen häusern im knast, aber auch zwischen drinnen und draußen geben muß.

wenn ihr infos habt oder kontakt haben wollt, dann schreibt uns:

Bettina Kester
Marchstr. 23
1 Berlin 10

Geschichtswerkstatt

Faschismus und Antifaschismus in Deutschland 1919-1945 DGB-Gewerkschaftsjugend Berlin-Brandenburg

Teil 1 (1919-1933)

- 5. Mai Wer war Adolf Hitler? Vorläufer und Wurzeln der Nazi-Partei NSDAP. Völkische Bewegung 1918-1922.
- 19. Mai Hitlerputsch und Ruhrkampf. Das Jahr 1923. Inflation und Nationalbolschewismus.
- 2. Juni New Age und Faschismus. Rassismus, Magie und Germanenkulte. Die Weltanschauung der NS-Bewegung, Blut und Boden. Ariermythos.
- 16. Juni "Heute gehört uns Deutschland - morgen die ganze Welt" Europäische Großbrauwirtschaft. Welche Interessen vertrat die Nazi-Partei?
- 30. Juni Gespaltene Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik. Einheitsfronttaktik.
- 28. Juli Wie kamen die Nazis an die Macht? Hintergründe. Hintermänner.
- 11. August Fehleranalyse. Warum konnte die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung zerschlagen werden?
- 25. August Reichstagsbrand und Reichstagsbrandprozeß. Antifa-Kampf 1933/34 in Berlin.
- 8. September Faschismus in Italien und Japan. Benito Mussolini
- 22. September Deutschland damals - Deutschland heute. Ein historischer Vergleich. Erste Zusammenfassung. Lehren.

Die Treffen sind Dienstags von 18.30 Uhr bis 21.30 Uhr mit Video, Referat, Diskussion, Infobroschüre, Büchertisch. Zeitzeugen kommen zu Wort.

Wo?

Graffiti 65

DGB Jugend- und Kulturzentrum

im Olof-Palme-Haus, Brunnenstraße 125-127

1000 Berlin 65, Nähe U-Bhf. Voltastraße U8

Geschichte lernen - Geschichte machen!



Antimilitaristisches Info Nr.3:

Zur aktuellen Totalverweigerungs-
diskussion (vom Vietnam-Kongress
1968 zur Auseinandersetzung um
Militär/Patriarchat/Migration); Re-
militarisierung und der Widerstand
in den '50ern (Vier Artikel); Milita-
risierungstendenzen.

64 Seiten 5,- DM (Prozeßkosten-
spende + Porto) Bestelladresse: Anti-
MilPlenum c/o AStA-FU
Klebitzweg 23, 1/33

Reader UNCED '92 Von Umweltpartnerschaft reden sie... Öko-Imperialismus meinen sie.

50 S., 5 DM + Porto

Inhalt: UNCED - das ist der Gipfel; Prima Klima; Es
gibt nur ein Ozonloch, aber viele Arschlöcher; Der
europäische Geist;
Kapitalismus und Ökologie?; Bevölkerungspolitik und
Ökologie?;

Grünhelme an die Öko-Front?

Bestellungen über: Autonome Öko-AG, Infoladen,
Brunnenstr.41, 56 Wuppertal 1

Bayern für Deutschland

Das Ende einer Epoche / Aus dem Leben der Fußballnation / Von Helmut Böttiger

Was am tiefsten ist, der alte Arbeiterviertel von München, da betreibt Georg Schwarzenbeck seine Toto-Annahmestelle. Früher hieß er „Katsche“ und war der Vorstopper schlechthin: der, der die Dreckarbeit macht, den vor den gegnerischen Angreifer nimmt und dem Libero den Rücken frei hält. Dieser Libero, der freie Mann, hieß Franz Beckenbauer. Der stand im Rampenlicht und behielt die Übersicht, Katsche hingegen malochte bloß. Die kapitalistische Arbeitsteilung hatte der FC Bayern München als erster deutscher Fußballclub bis zur Perfektion vorangetrieben, doch er verbrämte das von Anfang an höchst professionell mit Öffentlichkeitsarbeit und Show. Schon damals sprachen sie wenig miteinander, der „Kaiser“ und sein Knecht. Und heute sitzt Katsche in seinem Schreibwarenladen, als sei überhaupt nichts gewesen.

Der FC Bayern München war der Inbegriff des deutschen Fußballs. Woanders flackerte zwar immer wieder etwas auf, freute man sich an Ungleichzeitigkeiten und versuchte, Fußball zu spielen – doch Bayern gab den Ton an. Die Verhältnisse schienen unumstößlich zu sein: Bayern war reich, unbesiegbar, und niemand mochte sie so recht – die alte Bundesrepublik per se.

Kein Wunder, daß sich alle am dreizehnten Tabellenplatz weiden, den der Renommierclub derzeit innehat. Die Kleinen, die Unterdrückten trauen sich, jetzt, wo alles vorbei scheint, mit dem Finger auf die Diktatoren zu zeigen. Seit dem Ende der alten Bundesrepublik ist es auch im Fußball nicht mehr so, wie es scheinbar naturgesetzlich war. Ein Koloß wankt, und lange unterdrückte Gefühle werden wach, kommen verquer an die Oberfläche. Einst saß man wie das Kaninchen vor der Schlange, haßte die Bayern, aber wagte sich nicht zu weit vor. Immerhin saß man mit den Herrschern in einem Boot: sie garantierten ausverkaufte Stadien und verhalfen der Nationalmannschaft zur Durchschlagskraft. Als der Spieler Stefan Effenberg in der letzten Saison den unnachahmlichen, typischen Bayern-Satz sagte: Meister können eh nur wir werden, die anderen sind zu blöd! – da zuckte unwillkürlich zusammen, maulte ein bißchen, aber muckte nicht auf. Erst jetzt, da Bayern angeschlagen scheint und zu Hause selbst gegen die Stuttgarter Kickers verliert, macht man Effenberg öffentlich zum Buhmann und pfeift ihn tausendfach aus – Arroganz rächt sich erst auf der Schattenseite der Geschichte.

Der wahre Münchener Verein heißt ja TSV 1860. Und in den sechziger Jahren war es auch noch so: 1860 spielte in der Bundesliga, und Bayern, das waren die eine Klasse drunter, ohne Charisma. Rudi Brunnenmeier, Otto Luttrop, Petar Radenkovic – so hießen die Münchner Volkstribunen, und auch heute ist es so, daß der Münchner ein Fan des TSV 1860 ist, und nur die Zugereisten und die Neureichen sind für Bayern.

Doch mit der Zeit wurden die Karten anders gemischt. Die Bundesrepublik war nun einmal ein Staat der Zugereisten und Neureichen, wo es um den Erfolg geht und nicht um die Tradition, wo einzig die Planerfüllung zählt und nicht die Volksverbundenheit. 1860 ist zwar der Münchner Traditionsverein, dafür bürgt schon der Name, aber bei den Bayern wird das Volkstümliche erst offensiv zur Schau gestellt und dadurch in seiner Falschheit entlarvt.

Der Umbruch fand 1968 statt. Gegen Ende der sechziger Jahre begann der Stern des TSV 1860 zu sinken und der des FC Bayern aufzugehen. Es war eine bewegte Zeit, starre Ordnungen wurden durchbrochen und durch neue, effektivere ersetzt, ein Modernisierungsschub des Kapitalismus. Vereine wie 1860 München wurden von der Entwicklung überrollt, sie waren

nicht flexibel genug, sich den neuen Strömungen anzupassen und gingen zusammen mit der Ordinarienuniversität und dem Adenauer-Staat unter. Was kam, war größere Effizienz, war Nüchternheit.

Die alten Zöpfe fielen. Bayern war der erste deutsche Fußballclub, der einen Manager beschäftigte und begriff, daß eine Bundesligamannschaft wie ein modernes Unternehmen zu führen sei: die Kriterien der Betriebswirtschaft zählten, kapitalistisches Know-how. Dies verschaffte den Bayern eine Infrastruktur, die den anderen Vereinen einen Entwicklungssprung vor-

aus war. Wo andernorts immer noch alt-deutsches Vereinswesen mit ehrenamtlichen Präsidenten und Volkes Stimme herrschte, funktionierte Bayern ausschließlich nach den Kriterien des wirtschaftlichen Erfolgs. Und schnell stellte sich heraus, daß in den Jahren nach 1968 ein neuer Widerspruch auftauchte: nicht mehr der Münchner Ortsrivale, der bodenständige TSV 1860 war der Gegner für die Bayern, sondern jene Mannschaft, die wie die Bayern gleichsam aus dem Nichts auftauchte und vom frischen Wind einer neuen Generation getragen war: Borussia Mönchengladbach.

Bayern und Gladbach: hier standen sich zwei Prinzipien gegenüber, die in den wenigen Jahren nach 1968, als wirklich Bewegung in die bundesdeutschen Strukturen kam, um die Vorherrschaft rangen – Radikalität oder Nüchternheit, Reform oder Pragmatismus, Utopie oder Funktionalität. Es ist naheliegend, daß die ersten Jahre nach der Studentenbewegung und dem Regierungswechsel eher im Zeichen Mönchengladbachs standen: kompromißloses Angriffsspiel, der Blick richtete sich unablässig nach vorn, die Flanken wurden aufgerissen. Getragen war das alles von den weiten Pässen Günther Netzers, die den Geist der Utopie atmeten. 1972, im Jahr des Mißtrauensvotums gegen Willy Brandt und dem bisher einmaligen überwältigenden Wahlerfolg der SPD, war der deutsche Fußball unwiderstehlich und vom Schwung Mönchengladbachs geprägt: die



ES WAR DIE ZEIT, als auch der gesamtgesellschaftliche Zusammenhang Anlaß zu Hoffnungen gab: Franz Beckenbauer und neben ihm, in nur kurz währendender Eintracht, Günter Netzer nach einem Spiel der deutschen Nationalmannschaft 1971.

Foto: Sven Simon

Europameisterschaft in diesem Jahr und das 3:1 in Wembley gegen England sind der bis heute nicht wieder erreichte Höhepunkt fußballerischer Avantgarde. 1974

bereits, als Willy Brandt zum Rücktritt gezwungen wurde, gewann Bayern gegenüber Gladbach die Oberhand: Hesse-Leser Netzer wurde während der Weltmeisterschaft ausgebootet, die Spieler Bayerns bildeten das Rückgrat der Nationalmannschaft, und die Ära Helmut Schmidts begann: von den weiten raumgreifenden Pässen zum Klein-Klein-Gekicke, von den wieselnden Dribbelkünstlern zu den Defensivstrategen, von Hacki Wimmer zu Hans-Georg Schwarzenbeck. Der Geist Gladbachs konnte sich auf Dauer nicht gegen den Pragmatismus Bayerns durchsetzen:

das ist das Los der Bundesrepublik, das ist aber auch die Wurzel ihres internationalen Erfolgs. Wie Gladbach gegen Inter Mailand im Europapokal 7:1 zu gewinnen, wäre Bayern nie passiert – die Tragik, daß dieses 7:1 wegen eines vermeintlichen Büchsenwurfs nicht anerkannt wurde, ist Bayern aber deswegen ebenso fremd. Bayern gewann im Zweifelsfall mit 1:0. Der Gegner verbrauchte sich, der Gegner spielte fürs Auge, der Gegner vergaß sich, getragen von den

Emotionen – und Bayern schlug im entscheidenden Moment unbarmherzig zu.

Obwohl die neue Managergeneration, die Macher der siebziger Jahre ohne die 68er-Bewegung undenkbar sind, sind sie doch im Grunde unbeschadet von allzu aufwendigen Gefühlen. Sie sind das Unterfutter der Macht. Bayern München ist nicht umsonst die Fußballmannschaft, die so wie keine andere mit einer politischen Partei zu identifizieren ist: der CSU. Die bayrische Staatspartei bediente sich aus Repräsentationsgründen einer Staatsmannschaft, der Katholizismus braucht Glamour. Offen traten die Spieler bei Wahlveranstaltungen der CSU auf und warben in Zeitungsanzeigen mit ihren Köpfen. Selbst bei einem Rabauken wie Paul Breitner, der sich lockenköpfig am Anfang der siebziger Jahre vor einem Porträt Mao Tse-tung fotografieren ließ, reichte es in den achtziger Jahren bei der Frage nach seiner Partei nur noch zur müden Antwort „FDP“ – daß diese Gruppierung von interessierten Kreisen immer arglistig zum schlimmsten Feind der CSU hochstilisiert wird, gehört mit zum Spiel. Franz-Josef Strauß und die CSU brauchten die Bayern als hochdotiertes Lustobjekt – im komplizierten Gefüge der alten Bundesrepublik konnte das gut funktionieren. Bayern als Sinnbild des Reichtums und der Macht, ideologisch untermauert von einer Eindeutigkeit, die nur noch in ebendiesem Freistaat Bayern zu haben war.

Jetzt ist der Reichtum relativ geworden. Das Recht des Stärkeren holt die Bayern ein. Die Bundesrepublik im herkömmlichen Sinn gibt es nicht mehr, die Selbstverständlichkeiten. Und just zu diesem Zeitpunkt wird der FC Bayern München von jenen Geistern in die Knie gezwungen, die er gerufen hatte, die italienischen Clubs wiederholen das Bayern-Prinzip auf einer neuen Ebene: freie Marktwirtschaft. So wie sich früher Wattenscheid 09 zu Bayern verhielt, verhält sich Bayern plötzlich zu Inter Mailand: die besten Spieler werden rigoros abgekauft, unablässig dreht das Rad sich weiter.

Der Erfolg Bayerns entsprang der Ruhe und der Langeweile, die alte Bundesrepublik war ein überschaubares, ungefährdetes Konstrukt. Doch niemand wird ernsthaft glauben, daß jetzt etwa die Stunde der Altachtundsechziger und Adornojünger, die Stunde Eintracht Frankfurts gekommen sei. Was jetzt kommt, trägt bereits einen Namen, und es ist die schlüssige Konsequenz Bayerns. Es braucht dazu keine Stadt mehr und auch so gut wie keine Zuschauer: das Prinzip Bayer Leverkusen.

Fussball, Fussball über alles.

Redet Euch nicht darauf hinaus, es wäre ironisch gemeint. Die letzte Seite in der letzten Interim (Nr.193) war ja nun wirklich das Letzte.

Besonders appetitlich sehen die Jungs vom Fussball ja nun auch nicht aus. Und wohin dieser geschissene Teller wandert, ist mir persönlich also ziemlich egal. Wenn ich mir das antun will, kann ich problemlos die BILD oder andere Elaborate der bürgerlichen Presseinfalt konsumieren. Und vom nationalistischen Taumel nach der letzten WM habe ich die Nase noch ziemlich voll.

Da ist mir der Aufruf der Totalverweigerer zum selber praktizierten Fussballspiel (S.33) noch allemal lieber – da kann ich von persönlichen Neigungen und Erfahrungen durchaus abstrahieren. Seit wann ist die Interim so populistisch, dass die Redaktion ein Hauptereignis für Millionen "nicht spurlos" an sich "vorbeiziehen lassen" will (s.Vorwort)? Hat die Fussballfraktion mal wieder ihre schlecht kaschierte Spitzensportgeilheit zum besten geben dürfen? Soll so vielleicht die Olympiade zu Berlin verhindert werden? Oder muss die anhaltend zu beklagende Perspektivlosigkeit dazu herhalten, dass Mann sich doch auch mal was gönnen muss?

Wenn schon, dann sagt, was ihr denkt und macht meinetwegen eine Sportseite in der Interim, dann weiss ich, woran ich bin, bzw. wie tief das Niveau gesunken ist.

Grenzen auf für alle!

Flucht und Repression

Faschistische Schlägertrupps terrorisieren die Flüchtlinge, Rassismus in der Bevölkerung - zusätzlich geschürt durch die Hetze in den Medien und quer durch alle Parteien - ist deutscher Alltag. Flüchtlinge sind mehr denn je "unerwünschte Personen" in diesem Land. Die sog. "Asylproblematik" wird hochgepuscht. Gemeint ist damit die Tatsache, daß immer mehr Menschen aus ihren Ländern fliehen müssen. Sie fliehen vor Armut, Krieg, Elend und Verfolgung, wofür die reichen Industriestaaten die Hauptverantwortung tragen. Jahrhundertlange Ausbeutung und Menschenverachtung haben die Basis geschaffen für ein System, in dem die Mehrheit der Bevölkerung der reichen Industriestaaten scheinbar ungestört leben und konsumieren kann. Flüchtlinge, die nach Westeuropa fliehen, tun dies, um überleben zu können und sie haben ein elementares Recht dazu: Dies ist der Ort, an dem die ihnen gestohlenen Reichtümer angehauft werden.

Die Flüchtlingsbewegung soll kontrolliert werden. In der BRD, einem der reichsten Länder der Erde, dreht sich dabei alles um die Frage, wie die Zahl der Flüchtlinge verringert werden kann, die Ausweisung beschleunigt und wie noch gezielter die wirtschaftlich "verwertbaren" und politisch erwünschten Flüchtlinge herausgefiltert werden können. Die realen Lebensbedingungen der Flüchtlinge sind geprägt durch Kürzungen der Sozialhilfe, die noch in Naturabgaben bzw. Gutscheinen aufbezahlt wird, durch Unterbringung in Sammelunterkünften, durch die immer größere Einschränkung ihrer rechtlichen Mittel. Ziel dieser Behandlung ist die systematische Isolierung und Entwürgung der Flüchtlinge.

Rassistischer Alltag

Wie mit Flüchtlingen umgegangen wird, die sich nicht schweigend herumschubsen lassen, zeigt folgendes Beispiel: Seit dem 20. Februar sitzt Mumpoy Mafuta in Würzburg in Untersuchungshaft. Er ist einer von 28 in Neubrunn (Landkreis Würzburg) untergebrachten Flüchtlingen gegen die ein Ermittlungsverfahren wegen "erpresserischen Menschenraubs" läuft. Den Flüchtlingen wird vorgeworfen, Angestellte des Landratsamtes kurzzeitig am Verlassen der Unterkunft gehindert zu haben, um damit der Forderung nach angemessener Verpflegung und der Auszahlung des ihnen zustehenden Taschengeldes Nachdruck zu verleihen. Alle Flüchtlinge, derer die Polizei habhaft werden konnte, wurden daraufhin festgenommen, in Würzburg verhört und einer ED-Behandlung unterzogen. "Wir wurden mit Nummernschildern fotografiert, ... das Recht, eine/n Anwalt/Anwältin zu sprechen, wurde uns verweigert. Sie behielten vier von uns. Die Frage von uns lautet: Ist jemand, nur weil er/sie sich wegen des Essens beklagt, ein/e Verbrecher/in?" (Zitat aus der Stellungnahme der Flüchtlinge). Das harte Vorgehen von Polizei und Justiz war ebenso eine Reaktion auf den Widerstand der Flüchtlinge wie haltlose Überhebungen in der Schilderung des Vorgangs und eine rassistische Hetzkampagne in der Presse (z.B. Bild vom 21.2.: "Nik Suppel Mark, Markl Asylanten entführen Amtsmann").

Das neue Gesetz

Eine weitere Verschärfung der Situation der Flüchtlinge wird das neue Gesetz zur Beschleunigung der Asylverfahren, der sog. Allparteienkompromiß, bringen, das am 1.7.1992 in Kraft treten soll. Dieses neue Gesetz ist Ausdruck der hemmungslosen Brutalität, mit der

gegen Flüchtlinge hierzulande vorgegangen wird: Das Schicksal der Menschen interessiert die Herrschenden in keiner Weise ("... durch das neue Gesetz werden beispielsweise palästinensische Flüchtlinge ihre Rechte in einem Asylverfahren nicht mehr geltend machen können" - aus der Stellungnahme des hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen - UNHCR). Die Widerspruchslosigkeit der deutschen Bevölkerung gegen den institutionalisierten Rassismus spricht ebenfalls Bände - Deutschland rassistisch Vaterland.

Das "6-Wochen-Modell"

Kernpunkt des neuen Verfahrens ist das 6-Wochen Modell, d.h. das über Anträge von AsylbewerberInnen, "die für die Anerkennung als Asylberechtigter offensichtlich nicht in Frage kommen, künftig in einem Zeitraum von ca. 6 Wochen rechtskräftig entschieden und der Aufenthalt beendet werden kann." Die ankommenden Flüchtlinge werden von den Behörden in "unbegündete" und "offensichtlich unbegründete" AntragstellerInnen eingeteilt. Wer "offensichtlich unbegründete(r)" AntragstellerIn ist, wird hauptsächlich anhand von Länderrlisten festgelegt, d.h. Flüchtlinge aus bestimmten Staaten sollen generell nicht mehr anerkannt werden.

Innerhalb der ersten Woche nach Ankunft in einem zentralen Aufnahmestell (ZAST) soll die "offensichtliche Unbegündetheit" eines Asylantrages bewiesen werden. Bereits bei dieser ersten Anhörung müssen alle Angaben und Beweismittel vorgelegt werden, nachgelegte Unterlagen bleiben unberücksichtigt. Zur Effizienz und Fairneß des vorgeschlagenen Asylverfahrens kommentiert der UNHCR: "Der vorliegende Entwurf ... läßt jedoch erkennen, daß die gewünschte Beratung des Asyl-

bewerbers vor Einbringung des Asylantrages in der Regel nicht mehr möglich sein wird." Die erste Anhörung der Flüchtlinge wird vom Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in den neuen Sammelagern durchgeführt, ohne die Flüchtlinge vorher zu laden. Die dadurch direkt erzwungene ständige Erreichbarkeit der Flüchtlinge ist nichts anderes als Zwangsinternierung. Verlassen dürfen die Flüchtlinge das Lager nur, wenn "zwingende Gründe" vorliegen. Hohe Geldstrafen und Haftstrafen bis zu einem Jahr sind die Antworten der Herrschenden bei Zuwiderhandlung und Widerstand. Für den Fall, daß Flüchtlinge gegen ihren wahrscheinlichen Ablehnungsbescheid klagen wollen, haben sich die Herrschenden natürlich auch etwas einfallen lassen: Es kann nur noch vor einem/r Einzelrichter/in geklagt werden und die Klage muß innerhalb einer Woche begründet werden. Akten-einsicht für den/die AnwaltIn des/der Asylsuchenden ist in diesem Zeitraum nicht möglich. Anwaltliche Beratung und Vertretung von Flüchtlingen wird dadurch unmöglich. Letztendlich kann aber jeder/e EinzelrichterIn auch die Klage ohne Verhandlung und ohne Angabe von Gründen zurückweisen. Nach

Die neuen Sammellager

Das Sammellager, das jetzt - wie überall in der BRD - auch in Würzburg eingerichtet werden soll ist eine praktische Auswirkung des neuen Gesetzes. Wie es in diesen ZASTs aussehen wird, zeigen z.B. die Erfahrungen aus der ZAST in Karlsruhe: Die Flüchtlinge müssen bei Eintritt ihre Pässe abgeben, erhalten aber keine Papiere mehr. Es besteht Anwesenheitspflicht, die Flüchtlinge unterliegen einem völligen Arbeitsverbot. Die Verpflegung findet in Sachleistungen statt (und wie zum Beispiel das vorgesetzte Essen aussieht, ist bekannt.). Alle Flüchtlinge werden erkennungsdienstlich behandelt (Fotos und Fingerabdrücke). Eine Polizei und ein Knast im Lager dienen als Einrichtungen für die Abschiebehaft. Alle Maßnahmen machen deutlich, daß diese Lager völlig überwacht und geschlossen sein werden: Niemand wird ohne Genehmigung rein oder raus kommen,

die schon jetzt bestehende Isolierung der Flüchtlinge wird total. Es wird keine Kontakte zu Rechtsanwältinnen und solidarischen Gruppen für die Flüchtlinge geben. Es wird keine sogenannte Sozialbetreuung, keine Gesundheitsversorgung, kein Telefon, keine DolmetscherInnen, keine Deutschkurse geben. Denn wie heißt es: Dies diene der Integration und das sei nicht erwünscht. In Würzburg soll eine dieser ZASTs in den ehemaligen Emery-Barracks eingerichtet werden. Die KommunalpolitikerInnen haben das Angebot aus München erhalten, daß alle Flüchtlinge, die in der ZAST aufgenommen werden auf das Kontingent der Stadt an aufzunehmenden AsylbewerberInnen angerechnet wird, was gleichbedeutend damit sein dürfte, daß die Stadt Würzburg keine Flüchtlinge mehr aufnehmen muß. Da die Diskussion um die Flüchtlinge davon dominiert ist, wie viele aufgenommen werden müssen - die Lebensbedingungen in den ZASTs spielen keine Rolle - ist es sehr wahrscheinlich, daß sich die Verantwortlichen in Würzburg zugunsten der ZAST entscheiden. Mit dieser Demonstration wollen wir dieser Entwicklung unseren Widerstand entgegensetzen!

Gegen das neue Asylverfahrensgesetz! Nie wieder Lager in Deutschland!
Anerkennung frauenspezifischer Flüchtlingsgründe! Selbständiges Aufenthaltsrecht für Frauen! Gegen Abschiebung und rassistische Angriffe!

Demonstration am Sa., 06. Juni in

Würzburg

Auftaktkundgebung: 11.00 Uhr,

Domvorplatz

AK Solidarität mit Flüchtlingen, Würzburg

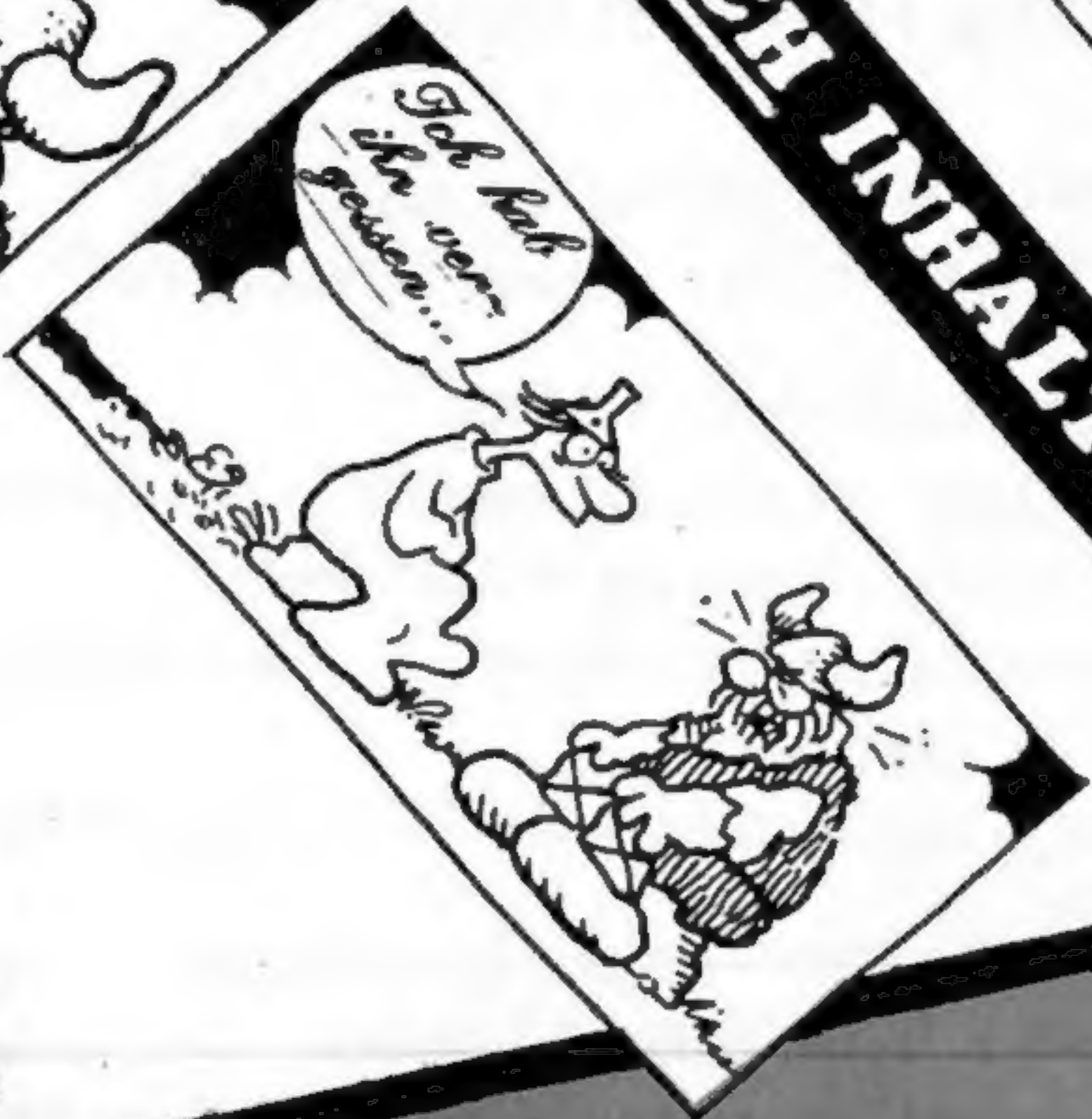
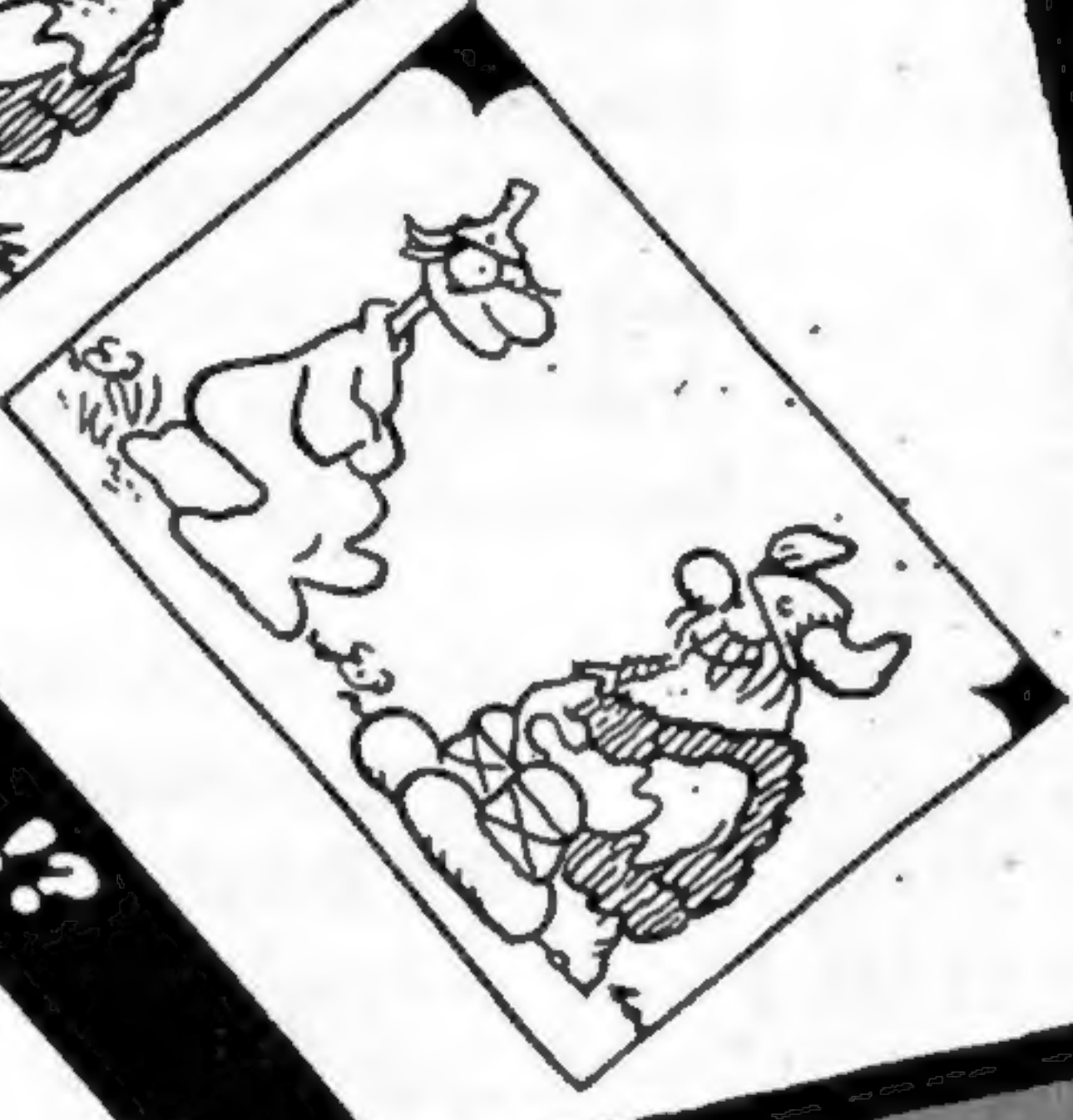
Vorsp: Herbert Mees, Bernfelder Straße 19, Frankfurt

Veranstaltungshinweise

- Do, 21.5.
- 18.00 Haus der Demokratie, Grosser Saal
Unterdrückung und Verfolgung in Syrien; Diskussionsveranstaltung
- 19.30 Kongresshalle am Alex
Wahlkampfveranstaltung der Reps mit Schönhuber u.a.
- 19.30 Rehberger Klaus, Afrikanische Str.90 a 1/65
"Kriminalität in Berlin", Heinrich Lummer im Wedding
- 21.00 DANESEN, Rigaerstr.84/1035
Der Zug nach Sao Paulo'' Migration, Land- und Hausbesetzungen in Brasilien
Video 59 min. Sao Paulo/Berlin 1991
- 21.00/23.00 Clash "Männerherrschaft unbekannt"
Am Beispiel der Minakabau, einem Millionenvolk auf Sumatra, wird gezeigt,
dass die Vormachtstellung des Mannes nicht naturgegeben ist
Film, 45 min. F/BRD '79; NUR FRAUEN/LESBEN
- 19.30 Galerie Olga Benario
Drahtzieher im braunen Netz - der Wiederaufbau der NSDAP''
Bericht des Autorenkollektivs mit Film "Wahrheit macht frei"
- Fr 22.5.
- 19.30 Seniorenfreizeitstätte Ratiborstr.18 1/36
"Bürger besser schützen" ; Heinrich Lummer in Kreuzberg
- 20.00 Mehringhof VV für die Demo am Wahlabend
- 11.00 Magdeburg Trauermarsch für Lampe (s.Anzeige)
- 21.00 DANESEN Die 3.Generation''
Fassbinder zeigt die "Terroristen" von '78 als sinnentleerte Medienkrüppel. Nichts geht mehr.
- Sa 23.5.
- 14.00 Sparrplatz, Wedding Antifaschistisches Fest mit Live-Musik,
(Fleur du Mal, Caspar Houser u.a.), Infos, Essen&Trinken
- 15.00 Demonstration gegen Rassismus und Naziterror, Zionskirchplatz, Prenzlberg
- 22.00 SfE-Kiez-Antifa-Dico im Mehringhof
- Mo 25.5.
- 18.00 Cafe im Krüemelladen
- Di 26.5.
- 19.30 Krüemelladen Antifa-Veranstaltung
- 21.00 VideoKino Anschlag, Kreutzinger Str.18, Friedelhain (im Hof)
Das Interview'' vom 16.5. im NDR
mit Hanna Krabbe, Christiane Kuby, Gabriele Rollnick und Irmgard Möller, mit anschliessender Diskussion
- 21.00 DANESEN ...das lebt mir einfach zu wenig!''
Aussteigen ... mehr als Resignation und Rückzug in die Privatsphäre?
Geschichte und politische Situation auf Korsika Video 70 min. Heidelberg 1991
- 21.00/23.00 Clash Besos al Besos'' Widerstand der BewohnerInnen des
Viertels San Adrian de Besos in Barcelona gegen die Baupläne der Regierung
Film, 35 min, Barcelona '90
- Mi 27.5.
- 19.00 El Locco Basis Radio Berlin, Kontakt für Interessierte, Diskussion und Kritik
DIE DRITTE Cassette ist da: Schwerpunktthema Rassismus
- 11.00 Marktplatz Nordheim "Widerstand hat Tradition -
Den Antifaschistischen Widerstandorganisieren" Anti-Fa-Demo & - Fete
Kontaktadresse: Buchladen Rote Strasse, c/o Kulturinitiative, Rote Strasse 10, 3400 Göttingen
- 18.00 Infoladen Lichtschränke, Nostizstr.49 Totalverweigerer-Treffen
- 20.00 Bandito Rosso 1900" (langer Filmabend; ca. 4 Std.)
- Do 28.5.
- 20.00 Clash Frauen-Koordinationsplenum gegen WWG
- 19.00 Krüemelladen Volxküche
- Sa 30.5.
- 21.00 Potse Cafe, Potse 180, 1/30, 2.Stock li Soli-Fete für die Kosten der Anti-WWG-Mobilisierung (nur für Frauen)
- 15.29 Krüemelladen Fussballcafe "Linksaussen"
- 20.00 Krüemelladen Abschiedsparty 1.Teil
- Fr 29.5.
- Krüemelladen, Frauentag
- So 31.5.
- 00.00 Krüemelladen Abschiedsparty 2.Teil
- 15.00 Böcklerpark, Prinzenstr.1 Rassismus in Europa; Diskussionsveranstaltung
- Mo 1.6.
- 19.00 Reuterplatz (Neukölln) DEMO gegen Räumung des Krüemelladens
- Di 2.6.
- 19.30 Strausberg, Villa Eckerstein''Medusa'' (Oslo) und "Trespassers W (NL) Infoladen Konzerttour
Galerie Olga Benario Frauen und Rechtsextremismus'' Vortrag von Christine Holzkamp, Diskussion

SOLL-

*Heinrich Brüder Zusammen-
hang zwischen Klasse,
Nationalität und Rassismus?*



... UND WIR HABEN DOCH INHALTE !?

FEST

SA. 23. MAI. 22H STEE

SEE, MEHRINGHOF, GNEISENAUSTR. 2A
DIE KNETE GEHT AN ANTIFA-GRUPPEN

ANTIFASCHISTISCHES FEST

auf dem SPARRPLATZ
im Wedding

U-Bahnhof
Wedding

ab 14.00 UHR am 23.5.1992

ESSEN und TRINKEN
Feuerschlucken

Spiele und Aktivitäten für Kinder

LIVE MUSIK:
Uschak al Ard (palästinensische Folklore)
die Liebenden des Bodens

Caspar Houser (Rock)
Les Fleurs du Mal (Folklore exibi)
Putte Gencik (türk. Folk/Pop)
Dergah (türk. Folk/Pop)

viele Informationsstände
z.B. zu Umwelt
Miete
Olympia
Umstrukturierung
Hausbesetzung
Flüchtlinge
Neofaschismus
u.a.

DIE ÜBERSCHÜSSE WERDEN AN EINE
FLÜCHTLINGORGANISATION GESPENDET